

Vorjahres), damit lag die Arbeitslosenquote wie im vorjährigen Vergleichsquartal bei 1,8%, aber 0,2% höher als im ersten Quartal d.J.

Die Zahlen der Unterbeschäftigten im gleichen Zeitraum wurden in den Statistiken mit 18.99 angegeben, d.h. eine Rate von 0,7%, im Vergleich zu 0,9% im ersten Quartal d.j. und 1,1% im zweiten Quartal des vergangenen Jahres. (TKB, 18.-24.8.88) -ni-

*(41)

Boom in Hongkongs Güter- und Fremdenverkehr

Im ersten Halbjahr d.J. sind 1,9 Mio. Container-Einheiten nach dem internationalen Standard TEU (20 ft.) durch den Hongkonger Hafen aus- bzw. eingeführt worden, 15,4% mehr als im Vergleichszeitraum vor einem Jahr. Damit konnte die britische Kolonie den im letzten Jahr erworbenen Titel als größter Containerhafen der Welt weiter behaupten.

Ferner fanden im ersten Quartal d.J. insgesamt 7.640 Schiffsbewegungen im Hongkonger Hafen statt, zahlenmäßig 8% und nach der Ladekapazität 7% mehr als im Vergleichszeitraum vor einem Jahr. Während die Entladungen um 5% zunahm, stiegen die Beladungen um 11%. 85% der entladenen Güter entfielen auf Hongkongs Eigeneinfuhr und 15% auf Transithandelsgüter. Von den aufgeladenen Gütern entfielen 57% auf Hongkongs Eigenexporte und 43% auf den Transithandelsverkehr. (TKB, 4.-10.8.88)

Was die Luftfracht anbetrifft, haben sich die im Hongkonger Flughafen umgeladenen Güter in den vergangenen 40 Jahren um das 600fache oder in den letzten 5 Jahren um das 2fache auf 600.000 t erhöht. (TKB, 28.7.-4.8.88)

Im Fremdenverkehr hat Hongkong im ersten Halbjahr 1988 rd. 2,58 Mio. Touristen aufgenommen, 26% mehr als im vorjährigen Vergleichszeitraum. Für 1988 werden über 5 Mio. Besucher aus dem Ausland erwartet, 20-23% mehr als 1987. Besonders schnell hat die Zahl der Touristen aus Taiwan zugenommen, sie betrug 469.000 im ersten Halbjahr 1988, im Vergleichszeitraum 1987 lag sie bei 151.000. (TKB, 11.-17.8.88) -ni-

Oskar Weggel

Geschichte und Gegenwartsbezug

Teil 1: 1911 - 1918

Die Weichen für das neue Jahrhundert werden gestellt

[Angesichts des Echos, das die sieben-teilige Serie "Geschichte und Gegenwartsbezug" gefunden hat, die in den C.a.-Ausgaben Dezember 1987 bis Juli 1988 abgedruckt wurde, hat der Autor sich entschlossen, drei weitere Abschnitte hinzuzuschalten, die den Zeitraum 1911 - 1937 umfassen und die heutzutage, nachdem sich die Revolution in China beruhigt hat, z.T. unter ganz neuen Gesichtspunkten erscheinen. Bisweilen gewinnt man den Eindruck, als knüpften Ereignisse, die sich seit 1978 ergeben haben, an Vorgänge an, die bereits sechs Jahrzehnte früher abgeschlossen zu sein schienen. Nicht zuletzt aber läßt sich auf der verlängerten Zeitachse auch der Selbsterfahrungsprozeß Chinas, der sich wie ein roter Faden durch die vorliegende Darstellung zieht, deutlicher herausarbeiten.]

Gliederung:

1.

Das Ende des Kaiserreichs: Keine Götterdämmerung, sondern eine Berdigung dritter Klasse

2.

Es brodet im Reich: Die "revolutionäre Situation" zu Beginn des 20. Jahrhunderts

2.1.

Volkssouveränität und Neue Politische Elite contra Kaisertum und Mandarinat

2.1.1.

Vom Kulturismus zum Nationalismus und vom Absolutismus zur Volkssouveränität

2.1.2.

Neue "politische Öffentlichkeit" contra alte Eliten

2.1.2.1.

Die Gentry als Widersacherin des Mandarinat

2.1.2.2.

Das neue Offizierscorps

2.1.2.3.

Neue Intelligenz: die zurückgekehrten Studenten

2.1.2.4.

Bürgertum

2.1.2.5.

Bauerntum und Geheimgesellschaften

2.1.3.

Revolutionäres Erwachen

2.2.

Politischer Regionalismus contra Zentralgewalt

2.3.

"Halbkolonialismus" statt "Herrschaft unter dem Himmel"

2.4.

Neue Vorstellungen von Staat und Gesellschaft als Sprengsätze

2.4.1.

Entbehrlichkeit der Monarchie und der alten Ordnung?

2.4.2.

Sun Yixian und seine Sanmin zhuyi

2.4.3.

Vorboten des Sino-Marxismus: Sozialismus und Anarchismus

3.

Chinas Oktoberrevolution:

Der Wuchang-Aufstand von 1911

3.1.

Der Eisenbahnskandal als Vorspiel der Revolution von 1911

3.2.

Der Aufstand am "Doppelzehnten" in Wuchang

3.3.

Die Provinzen erklären sich für unabhängig

3.4.

Das Ende der Dynastie und die Ausrufung der Republik

4.

Die zerbrechliche Republik und ihre ersten Gehversuche

4.1.

Das parlamentarische Experiment

4.1.1.

Das Fehlen parlamentarischer Traditionen und die Entstehung eines parlamentarischen Honoratiorentums

4.1.2.

Das Scheitern des demokratischen Experiments und der "Zweiten Revolution"

4.2.

Die beiden Restaurationsexperimente und die "Dritte Revolution"

4.3.

Das Warlord-Experiment

5.

Die Bedeutung der Revolution von 1911

1.

Das Ende des Kaiserreichs: Keine Götterdämmerung, sondern eine Berdigung dritter Klasse

Die Tradition des chinesischen Kaiserreichs war i.J. 221 v.Chr. durch Kaiser Qin Shi begründet worden und hatte seitdem 25 Dynastien hindurch in hehrer Majestät bestanden: Periodisch unterbrochen zwar durch den Sturz von Dynastien und durch politische Spaltungen, am Ende aber doch immer wieder wie ein Phönix aus der Asche sich erhebend - gleichsam für die Ewigkeit bestimmt. Nirgends in der Geschichte hatte es je eine über solche Zeiträume hinweg sich erstreckende kulturelle Kontinuität gegeben; wurden doch z.B. die Texte am Ende des 19.Jahrhunderts noch im gleichen Stil abgefaßt, wie im 2.vorchristlichen Jahrhundert. Selbst die letzte, vom Fremdvolk der Mandschuren bestimmte Dynastie der Qing (1648-1911) hatte, trotz aller Schelte, die sie heute hinnehmen muß, die meiste Zeit Größe und Glanz ausgestrahlt, hatte drei der bedeutendsten Kaiser der chinesischen Geschichte hervorgebracht, hatte 268 Jahre überdauert, hatte die chinesischen Grenzen weiter als je zuvor ausgedehnt, hatte den Konfuzianismus hochgehalten und fast 200 Jahre lang für eine Pax Sinica gesorgt, um die viele Europäer das ferne Reich beneideten.

Dieses Jahrtausendphänomen nun erlebte zu Beginn des 20.Jahrhunderts ein Ende von unfaßbarer Banalität, indem es über einen Eisenbahnkonflikt stolperte, in dessen Verlauf es zu antimonarchischen Aufständen und schließlich zu jenem höchst unheroischen Aufstand vom 10.Oktober 1911 kam, in dessen Gefolge der Dynastie die Zügel der Macht aus der Hand glitten.

Am Ende verabschiedete sich das alte China keineswegs mit lautem Türenschnellen, sondern verschied ähnlich altersschwach wie das letzte universalistische Reich Europas, von dem schon Goethe gemeint hatte: "Heilig Römisch Reich, was hält Dich noch zusammen!?"

2.

Es brodeln im Reich: Die "revolutionäre Situation" zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Als das 20.Jahrhundert begann, stand China noch ganz im Banne einer zehntausendjährigen Kaiser- und Mandarinatstradition, dauerte eine Reise von Guangzhou nach Beijing 110 Tage, kamen die Männer noch mit Zopf und die Frauen mit eingebundenen Füßen daher, kämpfte der Bauer wie eh und je ums Überleben und bestimmte die konfuzianische Tradition das Denken und Handeln der Regierenden.

Alles war immer schon so gewesen, und doch hatte sich alles geändert:

- Die chinesische Bevölkerung war im Zeichen der von den Qing-Kaisern ermöglichten Friedensjahre seit 1644 auf das Doppelte "explodiert" - mit der Folge, daß die Ackerparzelle immer kleiner und der Kampf ums Überleben immer härter geworden war.

- Die Provinzen standen wieder einmal im Begriff, sich zu verselbständigen, d.h. zu Brennpunkten eigener reformerischer und anti-imperialistischer Bestrebungen zu werden.

- Ausländische Mächte hatten sich in China breitgemacht und waren gerade dabei, das Land unter sich aufzuteilen.

- Neue soziale Schichten befanden sich im Aufstieg, vor allem wohlhabend gewordene Kaufleute, Offiziere der "Neuen Armeen" und zurückgekehrte Auslandsstudenten, die Seite an Seite mit der traditionellen Gentry nach mehr Mitbestimmung verlangten. Hatte China noch 1880 wie ein ausgebrannter Stern gewirkt, so war nun plötzlich alles in Bewegung und Aufregung: Eine neue politische Öffentlichkeit hatte sich zu Wort gemeldet und mit ihren leidenschaftlichen Protesten und Aufrufen dafür gesorgt, daß das Land zu brodeln begann.

Ursächlich für all diese Entwicklungen waren in erster Linie zwei Ereignisse gewesen, die um die Wende vom 19. zum 20.Jahrhundert stattfanden, und die den schlafenden Riesen jäh erwachen ließen, nämlich die militärische Niederlage des Reichs gegen den einstigen Eleven Japan (1894/95) und der Sieg dieses selben Japan über eine europäische Großmacht, Rußland (1904/05). Dabei hatte das Inselreich mit seinen (nach Kaiser Meiji benannten) Reformen erst 1868 begonnen, und obendrein die meisten seiner traditionellen Werte beibehalten! Sollte

das, was den Japanern möglich war, nicht auch dem alten Lehrmeister China erreichbar sein?

Die Chemie des revolutionären Sprengstoffs bestand aus hauptsächlich drei Elementen, nämlich der so augenfällig gewordenen Unvereinbarkeit zwischen überkommenen Institutionen und neuen Entwicklungen, zweitens dem angestauten Unmut der neuen politischen Elite über das Verbot, auf die Neugestaltung Chinas Einfluß zu nehmen und drittens der Unfähigkeit des kaiserlichen Regimes, die Reformen schnell genug voranzutreiben und damit jener Ungeduld entgegenzuwirken, die damals überall aufzuschäumen begann. Institutionen, die sich seit Jahrhunderten bewährt hatten, erwiesen sich angesichts der neuen Herausforderungen als hoffnungslos überholt. Nichts mehr wollte zueinander passen! Der Ruf nach einem neuen China und nach einem "neuen Bürger" wurde zu einem Hauptgegenstand des Zeitgeistes.

An drei Verankerungen des traditionellen Systems begann der Sturm besonders heftig zu zerren, nämlich seiner Legitimität, seiner Zentralität und seiner Souveränität.

2.1.

Volkssouveränität und Neue Politische Elite contra Kaisertum und Mandarinate

Jahrhundertlang hätte niemand an der Legitimität des Kaisertums zu zweifeln gewagt. Den Kaiser umgab seit altersgrauer Zeit der Mantel des Hohepriesters; spätestens seit der Ming-Dynastie hatte er auch direkte Verwaltungsfunktionen übernommen, und nicht zuletzt galt er als Siegelbewahrer des im Konfuzianismus verkörpertem sittlichen Auftrags. Nach der am 27.8.1908 von der späten Qing-Dynastie verkündeten Verfassung galt der Kaiser als das "ursprüngliche, vollkommene, uneingeschränkte, heilige und grundsätzlich nicht verantwortliche Haupt des Reiches". Der Herrscher wurde m.a.W. nicht durch Wahl, sondern durch Erbfolge berufen, ("ursprünglich"), war nach wie vor mit priesterlicher Würde umgeben ("vollkommen und heilig"), konnte weder staats-, noch zivil- noch strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden ("nicht verantwortlich") und besaß "uneingeschränkte" Staatsgewalt: Er war also qua definitione oberster Gesetzgeber, oberster Verwalter, oberster Richter, oberster Herr der Beamten-

prüfungen, oberster Kontrolleur, oberster Zeremonienmeister für alle Staatsopfer (an Himmel, Erde, Konfuzius und Buddha), oberster militärischer Befehlshaber, Oberhaupt des kaiserlichen Clans und oberster Priester des Reiches, der die wichtigsten geistlichen Persönlichkeiten, u.a. den Dalai-Lama, den Daoistenpapst und Herzog Kong, den direkten Nachfolger des Konfuzius, in ihren Ämtern bestätigte.¹ Nur durch wenige Schranken war diese Machtposition eingegrenzt, nämlich die öffentliche Meinung, die allerdings weitgehend auf die Beamenschaft eingeschränkt zu sein pflegte, ferner auf die "Belastbarkeit" der Bauern, denen im äußersten Fall ein Recht zur Rebellion (Meng Zi) zustand, des weiteren durch das Li (d.h. die traditionelle Sittenordnung) und nicht zuletzt auch durch die schiere Größe und Unregierbarkeit des Landes, dessen tausendfache lokale Zellen weitgehend ihren eigenen Gesetzen folgten.

Als "Himmelssohn" besaß der Kaiser universale Macht. Wie es am Himmel nur einen Polarstern gibt, ist auch auf Erden nur ein einziger Zentralherrscher und ein einziger Weltstaat denkbar. Das chinesische Reich galt als Projektion der himmlischen Weltordnung. Die Vorstellung eines durch territoriale Grenzen eingegrenzten Nationalstaates war diesem "Reich der Mitte" fremd. Die Idee gar, daß Barbaren diesen Universalstaat in Frage stellen könnten, wäre einem traditionellen Chinesen nie gekommen. China war zwar im Laufe seiner Geschichte immer wieder von Völkern außerhalb des Reichs unterworfen worden, vor allem von den Xiongnu (einem Hunnenstamm), den Türken, den Mongolen und den Manzhou, doch hatten all diese Eroberer ihren Zugriff mit kultureller Sinisierung und z.T. auch physischer Absorbierung bezahlen müssen.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts freilich wurden traditionelle Vorstellungen dieser Art in Frage gestellt, und zwar durch zwei große neue Herausforderungen, nämlich durch die in China selbst heranreifende Forderung nach Volkssouveränität und durch den von außen kommenden Imperialismus.

2.1.1.

Vom Kulturismus zum Nationalismus und vom Absolutismus zur Volkssouveränität

Die Stimmungslage am Vorabend der Revolution von 1911 bestand aus ei-

nem merkwürdigen Gemisch von Universalismus, Nationalismus und Provinzialismus sowie von Absolutismus und Volkssouveränität.

Das überkommene konfuzianische Gesellschafts- und Staatsverständnis war, wie bereits erwähnt, universalistisch gewesen. Als Prüfstein für die Abgrenzung zwischen "Uns" und "den Anderen" (oder zwischen: Menschen des Reichs der Mitte und Barbaren) hatte die Teilhabe an der chinesischen Zivilisation gegolten. Nicht Grenzpfähle, Herkunft, Hautfarbe oder Sprache, sondern Bekenntnis zur Kultur des Reichs der Mitte hatten also das Hauptkriterium abgegeben. Ähnlich wie bei Augustinus existierten nach konfuzianischer Auffassung nur zwei Welten - hie die Civitas Dei und die Civitas Terrena, dort das Innen (nei) und das Außen (wai). Wie die Civitas Dei tendierte auch die Innenwelt (oder das "Reich der Mitte") hin zum Weltreich, besaß also von vornherein kein Organ für "nationalistische" Vorstellungen.

Dieses Weltbild geriet spätestens seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ins Wanken. Kritische Intellektuelle, vor allem zahlreiche aus dem Ausland zurückgekehrte Studenten, die an ihren Ausbildungsorten das Gedankengut des Nationalismus aufgesogen hatten, mußten ernüchert feststellen, daß China vom Subjekt zum Objekt der internationalen Politik geworden war und mit seinem Traum vom Reich der Mitte verhängnisvollen Illusionen nachhing. Gleichzeitig kam bei den neuen politischen Eliten (dazu 2.1.2.) ein "Wir"-Gefühl auf, das im Zeichen gemeinsamer Bedrohung stand und das von der Vorstellung beherrscht war, daß China inzwischen in einen nationalen Überlebenskampf eingetreten sei. Die Nation im Sinne einer Identität von Staat, Volk und geschichtlich-kultureller Tradition wurde zur beherrschenden Denkkategorie und zu einem vorrangigen Kampfziel. Im Gegensatz zum europäischen Nationalismus allerdings, der zumeist die Signatur eines aus Geschichte und Kultur hervorgegangenen Selbstwertgefühls trug, entstammte der neue chinesische Nationalismus eher dem gemeinsam empfundenen Stigma nationaler Demütigung, dem es so schnell wie möglich zu entrinnen galt. Der chinesische Nationalist, wie er zu Beginn des 20. Jahrhunderts in immer größerer Zahl und mit immer ungeduldigeren

Forderungen hervortrat, war nicht mehr, wie der traditionelle Beamtengelehrte, an einem tugendhaften, sondern an einem starken Staat interessiert, der den Auslekampfung zwischen den Nationen überstehen konnte. Stärke aber ließ sich nach Meinung der Nationalisten letztlich nur durch Mobilisierung eines Potentials erreichen, das in der bisherigen Geschichte Chinas so gut wie unentdeckt geblieben war, nämlich durch Mitbeteiligung der Bürger, oder aber, wie es später unter den Kommunisten hieß, durch "Mobilisierung der Volksmassen". Es sollte freilich eine der Schwächen der Bewegung von 1911 sein, daß von diesem Appell an die Mündigkeit nur ein kleiner Teil der Bevölkerung angesprochen wurde.

Hand in Hand mit der Forderung, "unser" China retten und zu neuer Größe führen zu müssen, wurde die Idee der Volkssouveränität zum neuen Credo. Bis dahin war ausschließlich der Kaiser als Sohn des Himmels Quelle aller Legitimität gewesen - eine Vorstellung, die in den absolutistischen Postulaten der europäischen Monarchen des 17. und 18. Jahrhunderts durchaus ihre Parallele gehabt hatte.

Im Gegensatz zu diesem absolutistischen Ansatz kam nun die Vorstellung auf, daß das Staatsvolk - und nicht etwa der Monarch! - Inhaber der staatlichen Souveränität sei: ein Gedanke, der in den späteren Verfassungen der Republik und der Volksrepublik China ausdrücklich Anerkennung fand. "Volksherrschaft" wurde zum Gebot der Stunde, vor allem im politischen Programm Sun Yixians (Yatsens), der den Nationalstaatsgedanken mit der Forderung nach Demokratie und nach sozialem Ausgleich verknüpfte und damit einen ideologischen Dreiklang herstellte, wie er unter dem Stichwort Sanmin zhuyi ("Drei Grundlehren vom Volk") formell bis in die späten vierziger Jahre, informell aber auch darüber hinaus bestimmend blieb. Das "Volk" sollte seine Mitbestimmung allerdings nicht direkt, sondern indirekt, d.h. auf parlamentarischem Weg zum Ausdruck bringen: Dies war die Vorstellung sowohl der Revolutionäre als auch der Reformer zu Beginn des Jahrhunderts. Kaum waren die ersten Provinzversammlungen entstanden, nahmen sie denn auch bereits das Recht der Legitimität voll für sich in Anspruch - ungeachtet aller Proteste der Dynastie, die den neuen Versamm-

lungen das Recht zur "Selbstverwaltung" (zizhi) durchaus verweigern wollten.

Fast gleichzeitig mit dem Nationalismus und der Volkssouveränität tauchte der politische Provinzialismus auf, der freilich nur auf den ersten Blick mit den beiden anderen Erscheinungen unvereinbar zu sein schien. Bei näherem Hinsehen erwies sich der Regionalismus lediglich als politischer Umweg. Wenn nämlich die "Volkssouveränität" und die damit im Zusammenhang stehende parlamentarische Entwicklung nicht im nationalen Rahmen zu erreichen war (weil dort das kaiserliche Mandarinat bremsend im Wege stand) - gut, dann konzentrierte man sich eben auf Provinzparlamente! Dasselbe galt für den Aufbau von Streitkräften, für die Modernisierung der Wirtschaft oder für das Schulwesen. Die Provinz schloß die Nation also keineswegs aus, sondern machte sie am Ende eigentlich erst möglich.

2.1.2.

Neue "politische Öffentlichkeit" contra alte Eliten

Während die alte Machtelite, das Mandarinat und mit ihr die traditionelle Vier-Stände-Gesellschaft (Gelehrtenbeamte: shi, Bauern: nong, Handwerker: gong und Kaufmannschaft: shang) langsam ins Grab sanken, traten mehrere neue Klassen ins Rampenlicht der Geschichte, deren Grundlagen auf militärischen Potentialen, auf dem Besitz von Geld- und Bodenkapital, auf Verbindung zum kapitalistischen Ausland oder auf besserer "Einsicht" in innovative Zusammenhänge beruhte, nämlich ein neues Offizierscorps, ein Bürgertum, ein "Kompradorentum" und eine neue Intelligenz - also durchwegs Personenkreise, die außerhalb des traditionellen Mandarinate-, Bauern-, Handwerker- und Kaufmannsspektrums lagen. Diesem "neuen Volk" (xinmin) gesellte sich erstaunlicherweise eine schon fast altersgraue Schicht hinzu, nämlich die Gentry. Keine politische Rolle bei der Revolution von 1911 spielt; dagegen das neu entstandene Arbeiterproletariat und die Bauernschaft, die beide erst später durch die kommunistische Revolution mobilisiert werden sollten.

2.1.2.1.

Die Gentry als Widersacherin des Mandarinate

Kaiser-Mandarinate-Gentry: Dieses war jahrhundertlang der Dreiklang des traditionellen Establishments. Mit

Gentry (shenshi) waren sämtliche Personen gemeint, die eine der drei hauptstädtischen Prüfungen bestanden, also den Titel eines Jinshi, eines Juren oder eines Shengyuan erworben, jedoch keine Regierungsaufgabe übernommen, sondern sich wieder an ihren Heimatort zurückgezogen hatten, wo sie als eine Art Scharnier zwischen Regierung und Bevölkerung wirkten. Da die unterste Regierungsstufe lediglich bis zur Kreisebene reichte, oblag den sämtlichen Angelegenheiten, die an der Basis überfamiliärer Steuerung bedurften, der Gentry-Aufsicht, sei es nun das Bewässerungswesen, die lokale Verteidigung, die Schiedsgerichtsbarkeit, die gegenseitige Hilfe und zahlreiche religiöse Obliegenheiten, die von den üblichen Konfuziusritualen bis hin zum gemeinsamen Tempelbau reichten.

Gentry-Mitglieder und Regierungsbeamte pflegten eine subtile Symbiose und waren voneinander abhängig: Die Gentry brauchte den Beamten als Fürsprecher bei der Regierung, während die Beamtenschaft umgekehrt leichtes Spiel hatte, solange die Gentry, die sich im allgemeinen als Sprecherin des Volkes verstand, kooperativ war.

Diese Interessenbalance geriet während des 19. Jahrhunderts zuungunsten des Mandarinate aus dem Gleichgewicht. Je heftiger die damaligen Volksaufstände um sich griffen, um so peinlicher trat die Hilflosigkeit des kaiserlichen Regimes zutage, und um so energischer mußte die Gentry Lücken füllen - d.h. für die Aufstellung örtlicher Milizen und lokaler Selbstverteidigungskräfte sorgen. Bezeichnenderweise wurden denn auch die Taiping- und die Nian-Rebellen weniger durch Regierungstruppen als vielmehr durch lokale Militärverbände niedergeschlagen. Je mehr freilich die Gentry für die Verteidigung der bestehenden Ordnung tat, um so befremdeter reagierte sie auf die Verweigerung von Mitbestimmungsrechten.

So kam es, daß sie immer mehr in eine Doppelrolle hineinwuchs: Auf der einen Seite wirkte sie ordnungserhaltend, auf der anderen Seite aber zunehmend ordnungshinterfragend und gehörte, da ihre Forderungen nicht zur Kenntnis genommen wurden, am Schluß mit zu den Hauptträgern der Revolution von 1911. Ihr Sieg aber lief letztlich auf einen Triumph der lokalen Kräfte und des Regionalismus über die Zentrale hinaus.

2.1.2.2.

Das neue Offizierscorps

Im traditionellen China hatte das Militär einen wenig schmeichelhaften Ruf besessen: "Aus gutem Eisen macht man keine Nägel, aus guten Menschen keine Soldaten" - eine knappe Formulierung der Volksmeinung. Jahrhundertlang galten drei militärische Phänomene als "normal", nämlich die Prädominanz der politischen vor den militärischen Mitteln, zweitens die strenge Kontrolle des zivilen Mandarinate (wen) über das Militär (wu) und drittens der hauptsächlich "erzieherische" Einsatz des Militärs, der sich in "Strafeldzügen" niederschlug, während Territorialgewinn oder Sicherung wirtschaftlicher Vorteile so gut wie keine Rolle spielten.²

Unbedeutend freilich war die Rolle des Militärs in der konfuzianischen Gesellschaft nie gewesen, auch wenn das offizielle China immer wieder darauf hinwies, daß die gesellschaftliche Ordnung durch Erziehung und moralisches Vorbild, nicht jedoch durch Strafgesetze und Militäreinsätze sicherzustellen sei.

Noch bedeutender wurde die Rolle des Militärs um die Jahrhundertwende, als sich das Offizierscorps neben dem Bürgertum und dem Industrieproletariat zu einem der drei neuen "fortschrittlichen" Gesellschaftsschichten mauserte und zu einem Teil der neuen Intelligenz wurde. China blieb hier kein Einzelfall, sondern erwies sich als Teil einer panasiatischen Entwicklung, in deren Verlauf moderne Armeen zu Hauptverkündern des Nationalismus und zu Organisatoren innovativer Einrichtungen wurden - man denke an die indonesische Armee mit ihrer "Doppelfunktion" (militärischer und politgestalterischer Natur), an die "Vietnamesische Volksarmee", an die kaiserliche Armee Japans, die jahrelang auf eigene Faust Politik trieb, und an die zahlreichen Militärregierungen im nachkolonialen Asien, sei es nun in Birma (Ne Win), Kambodscha (Lon Nol) oder Südvietnam. Auch in China hatte der Einfluß des Militärs in gleichem Maße zugenommen, wie die Fundamente der Qing-Dynastie abzubrockeln begannen. Am Vorabend der Abdankung des Hofes gab es neben den eher dekorativ gewordenen Manzhou-Bannertruppen hauptsächlich zwei Typen von Militäreinheiten, nämlich die Regional- und die "Selbststärkungs"-Armeen.

- Die Regionalarmeen waren Mitte des 19. Jahrhunderts im Zuge der Niederwerfung des Taiping-Aufstands entstanden - mit hauptsächlich lokaler Finanzierung und landsmannschaftlicher Zusammensetzung. Zwei dieser Regionalarmeen brachten es zu besonderer Schlagkraft, nämlich die "Hunan-Armee" Zeng Guofans und die "Anhui-Armee" Li Hongzhangs.

Zeng und Li, die zu den berühmtesten Staatsmännern Chinas gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufstiegen, richteten während ihrer Feldzüge im Süden auch Arsenalen mit modernster westlicher Technik ein - eine Entwicklung, die im Aufbau des Jiangnan-Arsenals an der Yangzi-Mündung i.J. 1865 ihren Höhepunkt erreichte. Jiangnan war nicht nur ein Waffenlager für Heer und Marine, sondern verfügte auch über Werften, Konstruktionsabteilungen sowie Planungs- und Übersetzungsbüros und brachte es bald auf einen Standard, der demjenigen entsprechender japanischer Einrichtungen durchaus ebenbürtig war. Nach dem Sieg über die Taiping hatte das Interesse an diesen Einrichtungen allerdings schnell wieder nachgelassen. Was dagegen erhalten blieb, waren persönliche Loyalitäten und "Seilschaften", die noch Jahrzehnte später die Karrieremuster chinesischer Politiker und Offiziere bestimmten und Machtverknüpfungen ermöglichten, die vom Mandarinat kaum noch kontrolliert werden konnten.³

- Die "Selbststärkungsarmeen" (ziqiangjun) entstanden einige weitere Jahrzehnte später und waren eine Antwort auf die Schmach des gegen Japan i.J. 1894/95 verlorenen sino-japanischen Kriegs. Auch hier gingen die Impulse wieder von den Provinzen aus, und auch jetzt traten erneut zwei Einheiten besonders markant in den Vordergrund, nämlich Zhang Zhidongs "Neue Armee" (xinjun) in Nanjing und Yuan Shikais "Neu Errichtete Armee" (xinjian lujun) in der Provinz Zhili (heute Hebei). Die letztere Streitmacht knüpfte an das Erbe der früheren "Anhui-Armee" an und erhielt, da sie ihren Hauptsitz in Tianjin hatte, schon bald den Namen "Beiyang"(jun) (Nordarmee).

Ursprünglich sollten die Selbststärkungsarmeen kaiserlicher Befehlsgewalt unterstehen, doch bekamen die Gouverneure schon bald die Grenzen ihrer Macht zu spüren, so daß sie sich am Ende nur auf die Regionalstreitkräfte (xunfangdui) und die kaiserliche

Konstabulatur (xunjing) stützen konnten - ein enormer Nachteil, der sich vor allem bei den Ereignissen von 1911 bemerkbar machte.

Die "Neuen Armeen" ließen die alten Verbände schon bald höchst rückständig erscheinen. Ihre Rekruten waren handverlesen: Sie mußten zwischen 16 und 20 Jahre alt sein und aus Bauernfamilien stammen, deren Verhältnisse überprüfbar waren. Wer auch nur im leisesten Verdacht des Opiumrauchens oder einer Straftat stand, wurde nicht aufgenommen. Außerdem fand eine sorgfältige Gesundheitskontrolle statt. In jeder Provinz wurde ein Ausbildungsamt errichtet, dessen Direktor für das Training von ein bis drei modernen Divisionen verantwortlich war. Die Regierung in Beijing sah für jede Provinz zwischen ein bis vier Divisionen vor, so daß am Schluß ein Bestand von insgesamt 36 "Selbststärkungsarmeen" verfügbar sein sollte. Darüber hinaus entstanden Militärschulen und Akademien - die erste wurde in Tianjin 1885 vom Zhili-Generalgouverneur Li Hongzhang gegründet. Später organisierte jede einzelne Provinz Militärgrundschulen mit einem jeweils dreijährigen Ausbildungslehrgang. In einigen Provinzen wurden darüber hinaus zweijährige Mittelschulkurse und in Beijing eine Militärakademie (1904) gegründet. Waren die Offiziere anfangs hauptsächlich von deutschen Beratern ausgebildet worden, so verlegte sich das Schwergewicht nach und nach auf japanische Militärakademien. Zu den wichtigsten Neuerungen der Ausbildung gehörte das Verbot von Übergriffen gegen die eigene Bevölkerung.⁴

Von den Selbststärkungsarmeen gingen zwei politische Druckwellen aus, die für den nachträglichen Geschichtsverlauf von allerhöchster Bedeutung waren, und die paradoxerweise sowohl revolutionäre, als auch konterrevolutionäre Wirkungen auslösten:

Auf der einen Seite wurde das neue Offizierscorps - als Hauptadressat revolutionärer Propaganda - zu einem Stützpfiler der Revolution von 1911. Auf der anderen Seite aber verstanden es die Architekten der jeweiligen Armeen, allen voran der ebenso ehrgeizige wie körperlich zwergenhafte Yuan Shikai (1859 - 1916), getreue Gefolgsleute für ihre eigenen - höchst restaurativen - Anliegen zu gewinnen. Aus den Reihen der von Yuan befehligten Beiyang-Offiziere kamen denn auch nicht weniger als zehn spätere Pro-

vinzmilitärmachthaber und fünf Präsidenten oder Ministerpräsidenten der Beijinger "Zentral"-Regierung, die nach 1912 ohne Ausnahme gegen die Revolution kämpften und die sich in den zwanziger Jahren als führende "Kriegsherren" (Warlords) profilierten (dazu unten 4.3.).

Der Hof suchte der hier überall um sich greifenden Regionalisierungs- und Militarisierungsgefahr durch eine Politik der Re-Mandschuisierung und der Zentralisierung entgegenzuwirken, indem er nämlich einerseits die bisher so wohlbewährte Qing-Institution der Dyarchie/Doppelbesetzung wichtiger Posten mit je einem Manzhou und einem Chinesen aus den Angeln hob und gleichzeitig Anstalten machte, möglichst viele regionale Kompetenzen wieder an sich zu ziehen. In der Praxis führte das eine zur Entlassung Yuan Shikais, das andere aber zum "Eisenbahnskandal" (dazu Näheres unten 3.1.) - zwei verhängnisvolle Fehlgriffe, die sich für die Dynastie als schicksalhaft erweisen sollten.

2.1.2.3.

Neue Intelligenz: Die zurückgekehrten Studenten

Ähnlich wie zwei Jahrzehnte vorher Japan, schickte auch China immer mehr Studenten ins Ausland, u.a. nach Europa (England, Frankreich, Deutschland) und Amerika, vor allem aber nach Japan, wo sich nach der Jahrhundertwende jährlich zwischen 5.000 und 15.000 Studenten aufhielten und - animiert durch den Vergleich zwischen dem Reich der aufgehenden Sonne und dem rückständige Reich der Mitte zu glühenden Nationalisten wurden. Kein Wunder, daß Tokyo sich schon bald als heimliche revolutionäre Hauptstadt Chinas entpuppte und daß dort zahlreiche Parteien entstanden, die - hierin von nationalistischen Kreisen Japans gefördert - dem Qing-Regime Tod und Untergang schworen.

Der Protagonist unter den chinesischen Revolutionären, Sun Yixian, hob nicht weniger als zwei seiner neugegründeten Parteien in Tokyo aus der Taufe, nämlich den "Schwurbund" (Tongmenghui) und die Chinesische Revolutionspartei (Chonghua gemingdang). Der Schwurbund entstand i.J. 1905, einem revolutionären Schlüsseljahr zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in dem nicht nur die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland stattfand, sondern auch Streikwellen durch die chinesischen Küstenstädte rollten, und

die ersten Massenboykotts in der chinesischen Geschichte Sturmsignale setzten. Sun, der sich zu dieser Zeit gerade wieder auf einer seiner zahlreichen Reisen befand, kam nach Diskussionen mit chinesischen Auslandsstudenten in Brüssel, Berlin und Paris zu dem Entschluß, die bereits zahlreich vorhandenen und meist von Studenten getragenen Splitterparteien einschließlich seiner eigenen 1894 in Honolulu gegründeten "Gesellschaft für die Wiedergeburt Chinas" (Xing Zhong hui) zu einer allchinesischen revolutionären Partei zusammenzufassen. Mitglieder des "Schwurbunds" wurden einige Hundert in Tokyo studierende chinesische Landsleute, die immerhin 17 der damals 18 Provinzen des Reiches vertraten - nur Gansu war nicht repräsentiert. Außerdem knüpfte die neue Partei noch Beziehungen zu verschiedenen Geheimgesellschaften sowie zu mehreren Selbststärkungsarmeen an, die systematisch unterwandert werden sollten. Jedes Mitglied schwor sich vier Zielsetzungen, nämlich der Vertreibung der Manzhou, dem Wiederaufleben der chinesischen Herrschaft, der Gründung einer Republik und der Bodenreform. Da der soziale Bestandteil von Suns Drei Volksprinzipien (unten 2.4.2.) wenig Beachtung fand, und da es die Partei überdies an einer klaren anti-imperialistischen Aussage fehlen ließ (nirgends war vom Ende der ausländischen Privilegien die Rede), konnte der "Schwurbund" keine breite soziale Basis gewinnen. Immerhin aber befand sich Sun nun mitten im Strom des chinesischen Nationalismus, von dem nicht nur die zurückgekehrten Studenten, sondern auch die Angehörigen der Gentry, zahlreiche moderne Armeeeoffiziere und sonstige Intellektuelle erfaßt worden waren, die sich in der traditionellen Gesellschaftsordnung politisch nicht mehr zu Hause fühlten. Letzlich rekrutierte sich die Anhängerschaft Suns aus typischen Randgruppen im sozialen wie im geographischen Sinn, nämlich sozial aus dem Reservoir potentieller Rebellen, geographisch aber aus dem schmalen modernisierten Küstenraum Chinas, sowie aus den Emigrantensiedlungen rund um den Indischen und Pazifischen Ozean.

War die 1894 gegründete "Gesellschaft für die Wiedergeburt Chinas" noch höchst cantonesisch eingefärbt gewesen, so brachte der "Schwurbund" erstmals rebellische Elemente aus fast sämtlichen Provinzen und sozialen

Schichten Chinas auf einen einheitlichen Nenner. Der Bund hatte damit den Charakter einer modernen politischen Partei angenommen: er besaß ein konkretes Programm, eine feste Organisation und hatte überdies die Fähigkeit erworben, kämpferisch in die Öffentlichkeit hineinzuwirken. Zum ideologischen Hauptorgan des Schwurbunds wurde die Zeitung *Minbao* (Volkszeitung), in der die republikanische Idee verfochten und u.a. eine heftige Kontroverse mit den "Konstitutionalisten" um Liang Qichao ausgetragen wurde, deren Programm auf zwei Grundvorstellungen beruhte, nämlich einer schrittweisen Reform und einer konstitutionellen Monarchie. Statt Monarchie erstrebten die Schwurbündler eine Republik und statt schrittweiser Reformen forderten sie einen schnellen dreistufigen Übergang von der "Militärherrschaft" über eine (höchstens auf sechs Jahre anberaumte) Periode der "politischen Vormundschaft" hin zur Phase der Demokratie, die durch den Erlaß einer Verfassung besiegelt werden sollte.⁵

Unter der straffen Führung der neuen Partei folgten die Aufstände nun Schlag auf Schlag - insgesamt zehnmal zwischen 1906 und 1911, darunter allein sechsmal in der Provinz Guangdong. Die Revolution war m.a.W. nicht mehr nur die Sache einzelner "Helden", sondern das Anliegen einer ganzen Generation von Revolutionären, unter denen die "zurückgekehrten Studenten" die führende Rolle spielten!

Am 8. Juni 1914 gründete Sun, ebenfalls in Tokyo, die Chinesische Revolutionspartei. War beim Schwurbund oberstes Ziel der Sturz der Qing-Dynastie gewesen, so stand diesmal der Sturz des Republik-Verräters Yuan Shikai und die Vereitelung seiner monarchistischen Pläne obenan. Um zu vermeiden, daß pseudo-revolutionäre Elemente in die neue Partei Eingang finden konnten, und um überhaupt die Disziplin zu straffen, setzte Sun strenge Beitrittsmaßstäbe. U.a. hatte jedes neue Mitglied ihm gegenüber einen persönlichen Loyalitätseid abzulegen und sein Bekenntnis mit einem Fingerabdruck zu besiegeln. Im Gegensatz zu 1905 waren diesmal, 1914, allerdings nur die Vertreter von acht Provinzen zugegen. Auch das konspirative Element trat diesmal stärker zutage: Yuans Dolchstoßpolitik hatte tiefes Mißtrauen hinterlassen. Gleichgeblie-

ben war lediglich die Hauptträgerschaft der Partei, nämlich das Auslandsstudententum.

2.1.2.4.

Bürgertum

Mit "Bürgertum" ist im vorliegenden Zusammenhang lediglich die kommerzielle Bourgeoisie gemeint, und nicht etwa jener weitere, aus Intellektuellen, Dienstleistenden und Militärs bestehende Personenkreis, der eine Art Mittelklasse bildet und von der marxistischen Terminologie pauschal als "Bourgeoisie" umschrieben wird. Die Rede ist also mehr von Kaufleuten, Bankkaufleuten, Industriellen, "Kompradoren" und nicht zuletzt auch jener riesigen Diaspora von Huaqiao (Überseechinesen), deren Mitglieder schon zu Beginn des Jahrhunderts konservativer, aber auch innovativer, patriotischer, aber auch systemkritischer waren als ihre zu Hause gebliebenen "Standes"-Mitglieder. Dieses auslandschinesische Handelsbürgertum war es vor allem, mit dessen Hilfe beispielsweise Sun Yixian die meisten seiner Parteigründungen und Aufstände finanzierte.

Worin bestanden die Eigenarten des traditionellen und des modernen "Bürgertums"? Eine Bourgeoisie als eigenen Stand oder als Klasse "für sich" hatte es in der Vergangenheit nicht gegeben, obwohl Handwerker und Händler in den Städten lebenswichtige Herstellungs- und Verteilungsfunktionen wahrnahmen. Anders als die europäischen Handwerker und Kaufmannsleute entwickelten sie jedoch keine eigene Bürgerkultur, und selbst ihre Gilden (huiguan) gingen nicht, wie etwa die Zünfte des mittelalterlichen Europa, auf Konfrontationskurs zu den herrschenden Ständen (Klerus, Adel), sondern ordneten sich der mandarinären Bürokratie unter - vor allem in drei Aspekten: Wo immer möglich, suchte der Kaufmann persönlichen Reichtum in einen Beamtenstatus umzusetzen, sei es nun durch sorgfältige Ausbildung seiner Kinder oder aber durch Ämterkauf; wegen dieser Symbiose war manchmal sogar von "shangguan" ("Kaufmannsbeamten") die Rede. Ferner kam er gar nicht auf den Gedanken, sich mit dem Mandarinat messen zu wollen, so daß bürgerliches Selbstbewußtsein, wie es etwa in den europäischen Hansestädten gepflegt worden war, von vornherein ausfiel. Drittens aber unterlagen weite Bereiche des Handels staatlichem Monopol. Schon

i.J. 81 v.Chr. waren Salz und Eisen - die damals wichtigsten Produktionsmittel - der individuellen Verfügung entzogen und staatlicher Verfügung unterstellt worden. Das Mandarinat sorgte für die Oberaufsicht, die Kaufmannschaft aber für die Durchführung (guan du shang ban). Diese kraftvolle Mitwirkung des Staates eignete sich erst recht als Antwort auf die europäische Herausforderung, und zwar sowohl im Japan der Meiji-Zeit, als auch im China des ausgehenden 19. Jahrhunderts, wo, im engen Zusammenwirken zwischen Privatunternehmern und Beamtschaft, Rüstungsbetriebe und Arsenalen hochgezogen wurden. Während der späteren Guomindang-Zeit führte diese enge Verbindung von Staat und Unternehmertum zur skandalösen Verflechtung von staatlichen mit den privaten Interessen einiger zum Staatsoberhaupt Jiang Jieshi in verwandtschaftlichen Verbindungen stehenden Familien - einem Tatbestand, also, der in der sino-kommunistischen Terminologie als "bürokratischer Kapitalismus" angeprangert wurde. Nach 1949 schien dieses Verflechtungsphänomen aufgrund chirurgischer Sozialisierungsmaßnahmen zwar endgültig verschwunden zu sein, doch kehrte es nach 1978 im Zuge der betrieblichen Re-Autonomisierung langsam wieder zurück.

Während die Anbindung der Kaufmanns- an die Beamtschaft ein altersgraues Element der chinesischen Tradition war, hatte sich ein zweites Merkmal des chinesischen Kapitalismus erst im Laufe des 19. Jahrhunderts herausgebildet, nämlich die Verflechtung von inländischen und ausländischen Betrieben. So intensiv war diese gegenseitige Durchdringung, daß sie nachgerade zu einer Existenzbedingung der jungen chinesischen Bourgeoisie wurde und u.a. ein Phänomen hervorbrachte, das vor allem den chinesischen Kommunisten ein Dorn im Auge war, nämlich den - mit einem portugiesischen Ausdruck bedachten - "Komprador", der sich als Mittelsmann zwischen Ausländern und heimischer Wirtschaft zu empfehlen mußte und dabei z.T. märchenhafte Reichtümer einstrich.

Bis zum Opiumkrieg (1840/42) war Guangzhou der einzige Platz an der chinesischen Küste gewesen, wo ausländische Kaufleute ihre Geschäfte mit China abwickeln konnten, wobei auf chinesischer Seite nicht Einzelperso-

nen, sondern mehrere eigens für den Außenhandel konzessionierte Gilden, die sogenannten Gonghang ("Cohong") auftraten. Die strenge und manchmal schikanöse Behandlung der westlichen Kaufleute durch die Gonghang war einer der Gründe für den Opiumkrieg, an dessen Ende die Chinesen den Ausländern mehrere Hafenzentren zu öffnen und ihnen auch mit neuen Methoden zu begegnen hatten. Damit aber war dem Komprador als dem polyglotten, transkulturellen und zwischeninstitutionellen Vermittler Tür und Tor geöffnet. Er trat in den Dienst führender ausländischer Unternehmen, half ihnen bei der Anknüpfung von Geschäften, bei der Rekrutierung von Fabrikarbeitern, beim Ankauf von Rohmaterialien, bei der Durchführung von Investitionen, bei der Vermittlung von Krediten sowie beim Absatz von Waren und eröffnete - zusätzlich zu dieser Mittlertätigkeit - manchmal auf eigene Rechnung auch noch einen lukrativen Handel.

Binnen kurzer Zeit hatte der Komprador den früheren Cohong weit hinter sich gelassen: Was den Reichtum, aber auch, was den kosmopolitischen Ausblick und den Umgang zum heimischen Beamtentum anbelangt, schon bald auch galten Kompradorentum und Bestechung als zwei Seiten derselben Medaille. Gleichzeitig geriet der Komprador mit dem eher auf den Binnenmarkt angewiesenen einheimischen Unternehmer in vielfältige Interessengegensätze. Kein Wunder, daß die Kommunisten später einen scharfen Trennungsstrich zwischen diesen beiden Kategorien der Bourgeoisie zogen und das Kompradorentum schon gleich nach 1949 vernichteten, während sie der Nationalen Bourgeoisie im Zeichen der Neuen Demokratie noch eine Gnadenfrist gewährten. Auch die Nationale Bourgeoisie hatte freilich ihre wirtschaftlichen Tücken; leistete sie doch einen verhängnisvollen Beitrag zur Aufspaltung der chinesischen Volkswirtschaft in einen traditionellen und einen modernen Teil. Da wegen der Transportschwierigkeiten und wegen der Lijin-Steuern (Näheres dazu unten) die meisten traditionellen Marktorte im Inland ihren Charakter kaum änderten,⁶ während die Wirtschaftsräume im Küsten- und im Yangzi-Bereich vom "Shanghai-Sog" erfaßt wurden, kam es zu einem wirtschaftlichen Gefälle zwischen diesen beiden Sektoren, aus dem die reichgewordenen Kaufleute Profite zu ziehen

wußten, indem sie beispielsweise Böden aufkauften, von der Disparität zwischen den verschiedenen provinziellen Geldsystemen profitierten und auch sonst die aus dem wirtschaftlichen Dualismus entstehenden Chancen spekulativ ausnutzten⁷ - dies alles sehr zum Nachteil der chinesischen Volkswirtschaft, aber auch zum Schaden des eigenen Rufs.

Obwohl das neue chinesische Unternehmertum beträchtliche wirtschaftliche Macht an sich zog, wurde es politisch paradoxerweise wenig aktiv. Statt eigenes Rückgrat zu zeigen, neigte es vielmehr dazu, sich den jeweiligen Machthabern anzupassen und mit ihnen - kostspielige - Kompromisse einzugehen. Auch die chinesische "Oktoberrevolution" von 1911 war nicht von der Bourgeoisie, sondern von militanten Mitgliedern des "Schwurbunds", von Offizieren der Neuen Armee und von Teilen der Gentry getragen. Wo immer freilich die Revolution ins Rollen kam, erwies sich die örtliche Bourgeoisie als begeisterte Trittbrettfahrerin. Nirgends war zwar die Initiative von ihr ausgegangen, doch wären andererseits revolutionäre Aktionen kaum so glatt verlaufen, hätte nicht das Bürgertum die Räder mitgeschmiert und z.T. auch den guten Willen der Machthaber des alten Regimes gekauft. Darüber hinaus finanzierte das örtliche Bürgertum Milizen.⁸ Ein berühmtes Beispiel dafür war das von den "72 Gilden" von Guangzhou i.J. 1911 aufgestellte "Freiwilligenkorps", dessen Hauptzweck es zunächst einmal war, das Vermögen der Kaufmannschaft gegen Übergriffe aller Art und aller Parteien, sei es nun der kaiserlichen Truppen oder aber der Revolutionseinheiten, zu schützen, das dann aber, als die strategische Entscheidung anstand, zugunsten der Revolution durchgriff.⁹

Die Sympathie der Kaufmannschaft für die revolutionäre Sache war vierfach motiviert: Man erhoffte sich erstens Ruhe und Ordnung (bao'an), die von der Dynastie offensichtlich nicht mehr zu erwarten war, man wünschte sich zweitens die Verwirklichung eines gesamtchinesischen Staates und vor allem eines gesamtchinesischen Marktes, wie er im republikanischen Programm des "Schwurbunds" angekündigt war (die chinesische Bourgeoisie übernahm hier m.a.W. das pan-chinesische Erbe des untergehenden Mandarinats und ging insofern auf Gegenkurs zur eher

lokal orientierten Gentry), und man kämpfte, drittens, für die Abschaffung des lästigen Lijin ("Likin"). Die Lijin-Steuer (wörtlich: Abgabe eines Tausendstels) war Mitte des 19. Jahrhunderts eingeführt worden, um damit die Feldzüge gegen die Taiping-Rebellion zu finanzieren. Wer immer Güter auf den Haupthandelswegen transportierte, mußte vor jedem Provinz- und manchmal sogar Kreis-Schlagbaum eine Transitsteuer entrichten. Jede Provinz hatte ihr eigenes Lijin-Finanzamt und errichtete in bestimmten Streckenabschnitten - vor allem an Wegebiegungen, auf Brücken und vor den Stadttoren - Einziehungsstellen, deren Gebührenforderungen zumeist höchst willkürlich waren. Das Lijin entwickelte sich m.a.W. zu einer wahren Geißel für den überlokalen Handelsaustausch und schränkte die Entfaltungsmöglichkeiten des jungen Unternehmertums ein.¹⁰ Kein Wunder, daß vor allem die (nach 1904) entstandenen Handelskammern empört über das halsabschneiderische Lijin herfielen und überdies die Schleifung der Stadtmauern und -tore forderten, die als Standorte für Schlagbaum- und Einziehungsstellen besonders beliebt waren. Viertens aber wünschte die Nationale Bourgeoisie die Einschränkung der ausländischen Vorrechte. Hatten sich doch chinesische Unternehmen nicht einmal im Leichtindusbereich Vorteile verschaffen können, sieht man einmal von der Tabak- und Streichhölzerfabrikation, von der Seifenherstellung und vom Druckwesen ab. Die übrigen Industriesektoren wurden ohnehin von ausländischem Kapital beherrscht oder zumindest mitbeherrscht. In Shanghai beispielsweise beschäftigten noch 1923 34 ausländische Industriebetriebe, jedoch nur 15 chinesische Unternehmen Belegschaften mit mehr als 1.000 Arbeitskräften.¹¹ Gründe dafür waren nicht nur der technologische Rückstand, sondern auch die wirtschaftliche Benachteiligung der chinesischen Mitbewerber, die vor allem in der Gründungsphase ihrer Betriebe kaum staatlichen Schutz genossen, da die Zollverwaltung ja in ausländischer Hand lag und Einfuhren im allgemeinen mit nicht mehr als 5% Zoll ad valorem belegte. Schutzlos waren auch die kleinen traditionellen Banken (qianzhuang), die den modernen westlichen Geldinstituten wenig entgegenzusetzen hatten.

Kein Wunder, wenn die Konkursrate der chinesischen Betriebe in Krisenzeiten weitaus höher lag als die der ausländischen Konkurrenz.¹²

Da es um die Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Unternehmen so ungünstig bestellt war, entwickelte die Nationale Bourgeoisie autochthone Mittel der Selbstverteidigung, hauptsächlich den Boykott und den politischen Widerstand.

Der Boykott wurde als Waffe im Laufe der Jahre immer wieder eingesetzt - zuerst gegen die britische und später gegen die japanische Konkurrenz. Allerdings gingen die unmittelbaren Impulse hierfür weniger von der Nationalen Bourgeoisie selbst als vielmehr von der "Kleinbourgeoisie", vor allem der Intelligenz aus. Flächendeckende Boykottaktionen im Stil der Gandhischen "Swadeshi"-Bewegung allerdings, in deren Verlauf ganze Textil- und Salzgewinnungs-Sektoren der britischen Konkurrenz lahmgelegt wurden, fanden in China nicht statt. Hier wurde die Boykottpolitik eher taktisch als strategisch eingesetzt.

Was die zweite Waffe, nämlich den politischen Widerstand anbelangt, so setzte das Bürgertum auf die Revolution. Allerdings schuf es keine eigene politische Partei und brachte kein eigenes politisches Programm hervor, sondern bediente sich, wie bereits erwähnt, lediglich der Hilfe von Parteien und Gruppierungen, die unabhängig von ihm entstanden waren, und deren Sieg Ordnung sowie ein handelsfreundliches Klima versprach.

Diese politische Passivität des Bürgertums war ein Erbe der Tradition, das nur dann hätte getilgt werden können, wenn der Bourgeoisie eine längere Entfaltungsperiode beschieden gewesen wäre. Die unruhigen Jahre des ausgehenden Kaiserreichs, der frühen Republik, der Warlordzeit und des Widerstandskriegs gegen Japan ließen jedoch nie eine Atempause aufkommen.¹³

Auch bei der Revolution von 1911 spielte das Bürgertum zwar eine unterstützende, aber keine führende Rolle. Als die Revolution siegte, entwickelte sich ein kurzzeitiges Liebesverhältnis zwischen Bourgeoisie und republikanischer Bewegung, dem allerdings bereits mit der Niederlage der "Zweiten Revolution" von 1913 wieder Ernüchterung folgte, da die Unternehmer in ihrer Ängstlichkeit und in ihrem Opportunismus dem neuen Sieger Yuan Shikai sogleich die Hand entgegenstreckten.

Wenn die Geschichtsschreibung der VR China den Umsturz von 1911 trotz der bescheidenen Mitwirkung der kommerziellen Bourgeoisie als "bürgerliche Revolution" bezeichnet,¹⁴ so laboriert sie mit der grobmaschigen marxistischen Phasenterminologie, die in ihrer klassischen Fassung nun einmal nicht genauer differenziert als zwischen feudalistischer, bürgerlicher, sozialistischer und kommunistischer Revolution. Intellektuelle, Neue Militärs, Unternehmer und Teile der Gentry finden sich unter diesen Umständen zu einer einzigen Klasse zusammengewürfelt! Allerdings findet dann am Ende doch noch eine neuartige Feingliederung statt, insofern nämlich mit der 4.Mai-Bewegung von 1919 die Periode der "Neudemokratischen Revolution" angesetzt wird.

2.1.2.5.

Bauerntum und Geheimgesellschaften
Obwohl die Bauern um die Jahrhundertwende noch neun Zehntel der Bevölkerung stellten, hatten sie mit der Revolution von 1911 kaum etwas zu tun. Es war einer der Hauptfehler des "Schwurbunds" gewesen, sich fast ausschließlich an Offiziere der Neuen Armee, an Auslandsstudenten und an Teile des jungen Bürgertums zu wenden, die gewaltige Dynamik jedoch, die in der Bauern- und Bodenfrage steckte, übersahen - oder zumindest vernachlässigt - zu haben. Zwar hatte Sun Yixian in seinen "Drei Grundlehren vom Volk" auch die Bodenfrage angesprochen ("Das Land dem Pflüger"), doch war dieser soziale Grundsatz von seinen Mitkämpfern zugunsten der beiden anderen, d.h. der nationalen und der demokratischen, Ziele vernachlässigt worden. Hier sollten später die Kommunisten ein dankbares Betätigungsfeld vorfinden!

Selbst die Geheimgesellschaften, aus denen sich die verschiedenen revolutionären Parteien zumeist herausentwickelt hatten, waren kaum bäuerlichen Charakters gewesen. Zwar hatten die Geheimgesellschaften, die im alten China als einzige Form des Protests der Bevölkerung gegen bürokratische Willkür hatten aufkommen können, seit der Taiping-Revolution gewaltig an Dynamik gewonnen, doch blieben sie auch jetzt in zahllose Einzelgruppierungen zersplittert. Sammelnamen wie "Gesellschaft des Himmels und der Erde" (tiandi hui), "Große Familie" (hongjia hui) oder aber "Drei Harmonien" (sanhe hui) suggerierten zwar

allumfassende Organisationen, doch in Wirklichkeit glichen sich die meisten Triaden (Himmel, Erde, Mensch) nur in den Ritualen, nicht jedoch in den Zielsetzungen. Keine der Geheimgesellschaften, aus denen die frühen Revolutionsparteien hervorgegangen waren, verfolgte bezeichnenderweise bäuerliche Zielsetzungen. Die "Drachenblumen"-Vereinigung z.B., die als Anti-Qing-Bewegung in der Provinz Sichuan entstanden war, zählte zu ihren Mitgliedern fast nur Soldaten, Auslandsstudenten, Kaufleute und Mitglieder der Gentry, welche letztere in früheren Jahrhunderten übrigens traditionsgemäß Todfeinde des Triadentums gewesen waren!¹⁵ Bemerkenswert immerhin, daß hier mit "bäuerlichen" Mitteln, also mit Hilfe von Geheimgesellschaften traditionellen Zuschnitts moderne Ziele, nämlich die Gründung einer Republik, verfolgt wurde!

2.1.3.

Revolutionäres Erwachen

Objektive Ursachen wie die zahlreichen militärischen Niederlagen des Qing-Reichs, die Mängel des Herrschaftssystems und die Bodenfrage hätten für sich allein vermutlich noch nicht ausgereicht, um den Sturz der Dynastie herbeizuführen. Hinzu kommen mußten vielmehr noch einige jener subjektiven Gründe, die eine neue "Bewußtseinslage" schaffen, und denen von der neueren Revolutionsforschung nicht zu Unrecht eine so dominierende Rolle eingeräumt wird.

Die Ungeduld am Vorabend der "Oktoberrevolution" von 1911 war dreifach motiviert, nämlich durch die Heraufkunft einer Neuen Öffentlichkeit, durch Mißmut über das langsame Fortschreiten der Reformen und durch die Verzweiflung an der herrschenden Dynastie, der man keinerlei Gestaltungsfähigkeit mehr zutraute.

Die Neue Öffentlichkeit entstand innerhalb nur weniger Jahre und wuchs schon bald über jene vier Kerngruppen hinaus, die oben als tragende Schichten des Widerstands gegen die kaiserliche Administration beschrieben wurden.

In welcher rasender Geschwindigkeit sich die politische Basis verbreiterte, zeigt ein Vergleich zwischen 1909 und 1912. Bei den Wahlen zu den Provinzparlamenten von 1909 waren nur 1,6 Millionen (aktiv und passiv) Wahlberechtigte auf den Wählerlisten verzeichnet - bei einer Gesamtbevölke-

rung von 400 Millionen Menschen also nicht einmal ein halbes Prozent! 1912 dagegen hatten sich die Wählerlisten bereits auf 40 Millionen erweitert - also auf 10% der Gesamtbevölkerung.¹⁶ Diese "Explosion" konnte sich ereignen, weil inzwischen sowohl die Erziehungs- als auch die Vermögens-Kriterien erheblich gelockert worden waren.

Zahlreiche Homines novi traten jetzt also zutage, die nicht länger von der Mitentscheidung ausgeschlossen sein wollten, die dem kaiserlichen Regierungsmonopol mit der Forderung nach "Volksouveränität" entgegentraten, die eigene Interessengruppen formierten und einen neuen Ton anschlugen. Zu den Hauptvertretern der neuen Verbände gehörten die seit 1903 entstandenen Handelskammern, ferner zahlreiche "Reformvereinigungen" und nicht zuletzt auch die wie Pilze aus dem Boden schießenden Schutzbünde, unter denen die in der Provinz Sichuan entstandene Liga zum Schutz der Eisenbahn besonders lautstark hervortrat - und bekanntlich auch das politische Klima für die "Oktoberrevolution" vorheizte.

Auch der "neue Ton" verhieß für Hof und Mandarinat wenig Gutes. Statt Demut vor dem Thron war jetzt Selbstbewußtsein gefragt: Der bis dahin vor den Behörden übliche Kotau wurde immer häufiger verweigert; in einigen Städten gingen Polizei und "freiwillige Friseure" dazu über, Passanten im Straßenverkehr vom "mandschurischen" Zopf zu befreien - manchmal sogar gegen den Willen der Betroffenen. Erste schüchterne Versuche der Frauenbefreiung waren zu beobachten, sei es nun in Form des Entstehens von "Gesellschaften gegen das Fußeinbinden" oder aber sogar des Hervortretens einzelner Suffragetten.¹⁷ Auch Amtstitel begannen sich schnell zu "demokratisieren" - vor allem im Dunstkreis der Parlamente. So lautete beispielsweise die Anrede für die Präsidenten der Provinzparlamente schlicht "Xiansheng", also "Herr Präsident".

Obwohl diese Art von "Demokratisierung und Liberalisierung" an der großen Masse des Volkes, vor allem den Bauern, schlicht vorbeiging, war sie doch Ausdruck eines neuen Zeitgeistes, dem die große Politik Rechnung tragen mußte.

Eine Neue Öffentlichkeit entstand ferner durch die rasche Ausbreitung des Pressewesens. Waren 1898 im ganzen

Reich lediglich 60 Zeitungen und Magazine erschienen, so zählte man 1913 bereits 487. Hatte es im traditionellen China überdies nur die "esoterische Kommunikation" des Mandarinat gegeben, die dadurch gekennzeichnet war, daß Informationen und Daten innerhalb der Beamtschaft vertikal nach oben und umgekehrt - in Form von Edikten - nach unten flossen, so entwickelte sich nun ein breiter Fächer von horizontaler Kommunikation, der die verschiedensten Interessengruppen mit einbezog, und für den die Presse das Hauptmedium lieferte.¹⁸

Zweitens verliefen die Reformen nach Meinung der neuen politischen Elite allzusehr im Schnecken tempo, und dies, obwohl die Dynastie seit 1906 eine Reihe von Zugeständnissen gemacht hatte, deren bloße Erwähnung noch bei der "100-Tage-Reform" von 1898 den Kopf gekostet hätte. Was den Qing 1898 als Großzügigkeit ausgelegt worden wäre, weckte jetzt allenfalls ein müdes Lächeln. Nun wollte man nicht mehr nur einen Finger - man wollte die ganze Hand: das Ende der Dynastie; denn die dritte Ursache öffentlicher Ungeduld war der totale Vertrauensverlust gegenüber den Herrschenden, die eigentlich schon mit der Niederlage im Opiumkrieg ihr "Mandat verloren", also damals bereits ausgedient hatten. Immer stärker werdende Volksbewegungen (Taiping: 1850/64, Nian: 1851/61, mohammedanische Aufstände in Nordwest 1863/78 und Südwestchina 1855/ 73) hatten ja dann auch in der Tat auf Ablösung der Dynastie gedrängt, waren aber am Ende immer wieder gescheitert: freilich nicht etwa durch Eigenverdienste des Hofes sondern durch die Abwehrerfolge der einzelnen Provinzen und nicht zuletzt auch der ausländischen Mächte. Die Dynastie vegetierte m.a.W. auf fremde Kosten weiter, vergrub sich in Zeremonielle und Rituale, verbaute das für die Modernisierung der chinesischen Flotte vorgesehene Geld in den Beijinger Sommerpalast, gab im übrigen fast jedem ausländischen Druck nach und versuchte in einem Anfall von Selbstüberschätzung gar, durch eine Politik der "Re-Mandschuisierung" die führenden Positionen im Staatsapparat wieder zu "entsinisieren".

Flammende Empörung bei den chinesischen Nationalisten war die Folge. Die Stimmung richtete sich inzwischen nicht mehr nur gegen das dynastische Fossil, sondern auch gegen die "frem-

den Teufel" (yangguizi), die sich für die Beibehaltung der Qing-Herrschaft einsetzten. Überall flammten jetzt Proteste auf: gegen die fremde Gerichtsbarkeit, gegen die juristischen Enklaven der Ausländer, die übrigens durchaus auch den von der kaiserlichen Polizei verfolgten Revolutionären zugute kamen, gegen das von Ausländern monopolisierte Zollwesen, gegen ausländische Investitionen und vor allem gegen den Bau von Eisenbahnen durch ausländische und kaiserliche Träger. Besonders typisch für den Protest waren patriotisch gestimmte Kampagnen des Zurückkaufens von Eisenbahnkonzessionen durch zahlreiche "Vereinigungen zum Schutz der Eisenbahn", die sich sowohl ausländer- als auch dynastiefeindlich gaben, die patriotische Geldsammelaktionen durchführten und Protestversammlungen veranstalteten, auf denen sich vereinzelt Protagonisten zum Zeichen ihrer Empörung vor der Öffentlichkeit einen Finger abschnitten,¹⁹ oder aber erklärten, für ihr Land sterben zu wollen.²⁰ Sogar kleine Leute sollen sich damals, wie es hieß, den letzten Groschen vom Mund abgespart haben, um ihren Beitrag zum "Rückkauf Chinas" zu leisten.²¹

Schnell verbreitete sich damals eine Stimmung des Hic et nunc. Jetzt Revolution! Jetzt Abschaffung des Opiums, jetzt und in diesem Augenblick Einstellung des Fußbeeinbindens bei Frauen! Gradualisten aus dem Kreise der Konstitutions-Bewegung (dazu unten 2.4.1.) hatten es jetzt schwer. Es herrschte eine Stimmung, die der Psychologie des Großen Sprungs glich, wie sie 47 Jahre später erneut zum Durchbruch kommen sollte.

2.2.

Politischer Regionalismus contra Zentralgewalt

Eine der Grundvoraussetzungen für den revolutionären Erfolg von 1911 war ein damals schon weit fortgeschrittener Regionalismus, wie er in der Endphase noch jeder großen chinesischen Dynastie zutage getreten war, sei es nun der Han (200 ff.), der Tang (800 ff.) oder der Ming (1600 ff.).

Regionalismus und politischer Provinzialismus haben in China seit jeher als "anomal" gegolten; war doch das Reich seit der Einigung durch den Ersten Kaiser im 3. vorchr. Jahrhundert ein zentralstaatliches Gebilde gewesen - zwar nicht immer der Realität, wohl aber dem Selbstverständnis nach. Eine eindrucksvolle zentralstaatliche Bilanz

zeigt sich vor allem dann, wenn man China mit Indien vergleicht. Hier wie dort hatte es zwar in vorchristlicher Zeit zahlreiche einander bekämpfende Feudalfürstentümer gegeben; während allerdings in China der Zentralstaat nach und nach zur Normalität, die Spaltung aber zur Ausnahme wurde, war es in Indien gerade umgekehrt. Von den 2132 Jahren, die zwischen dem Anfang der Qin- und dem Ende der Qing-Dynastie verstrichen, standen 1718 im Zeichen der Einheit und nur 414 Jahre im Zeichen der Spaltung. Von den 2177 Jahren andererseits, die zwischen dem Beginn der indischen Maurya- und dem Ende der Moghul-Dynastie lagen, lassen sich nur 163 "Zentralismus"-Jahre ausmachen. Das Verhältnis Zentralstaatlichkeit:Polyzentrismus lag in China also bei 4:1, in Indien dagegen bei 1:13. Während indische Historiker heutzutage den Polyzentrismus ihres Landes durchaus positiv beurteilen, erfährt er in der chinesischen Geschichtsschreibung nach wie vor eine rundum negative Bewertung, zumal der Regionalismus fast immer Arm in Arm mit wachsender Militärdominanz in Erscheinung zu treten pflegte.

Auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts befand sich China wieder einmal in einem Zustand auswuchernder Provinzialisierung, die, wie jedermann zu wissen glaubte, auf das Konto der unfähigen kaiserlichen Administration ging.

Da gab es einmal eine Kluft zwischen Nord- und Südchina, die sich im 19. Jahrhundert u.a. darin ausgedrückt hatte, daß z.B. die südliche Taiping-Bewegung nie nach Norden, d.h. über den Yangzi, die nördliche "Boxer"- und Nian-Bewegung aber nicht nach Süden übergreifen konnte, und die sich überdies noch darin geäußert hatte, daß der Norden politisch konservativ geblieben, der Süden dagegen immer republikanisch-revolutionärer geworden war.

Ein zweites Regionalisierungsphänomen war die Verselbständigung einzelner Provinzen, die bei den zahlreichen Unabhängigkeitserklärungen i.J. 1911 ihren Höhepunkt erreichte.

Drittens aber konnten sich oft nicht einmal einzelne Provinzen als politische Einheit konsolidieren. In Guangdong beispielsweise hatte Guangzhou am Vorabend der Oktoberrevolution die Kontrolle über den östlichen Teil des Gebiets fast völlig verloren. In Si-

chuan rivalisierten zwei Machtzentren gegeneinander, das eine in Chongqing, das andere in Chengdu; daneben gab es zahlreiche nahezu autonome Städte. Bisweilen mußten sogar die örtlichen Handelskammern für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sorgen - so schwach war die kaiserliche Verwaltung!

Mehrere Ursachen, die sich schon lange vor dem Ende der Dynastie eingestellt hatten, waren für das Wiedererwachen des Regionalismus verantwortlich.

Da war erstens der oben (2.1.2.2.) erwähnte Kampf der Provinzarmeen gegen die Taiping-Rebellen, der das traditionelle Gleichgewicht zwischen der lokal orientierten Gentry und dem zentralistischen Mandarinat aus dem Lot gebracht hatte. Wozu bedurfte man eigentlich noch der kaiserlichen Verwaltung, die doch ohnehin die Fähigkeit verloren hatte, ihrem gesamtchinesischen Führungsanspruch gerecht zu werden!?

Neben provinziellen Truppeneinheiten hatten sich, zweitens, provinzgestützte Reformbewegungen herausgebildet, die auf die Bildung lokaler Parlamente drängten.²² Wenn sich Reformen nicht im gesamtchinesischen Rahmen lösen ließen, so mußte man sie eben im Provinzrahmen anpacken! Die lokale Gentry errichtete denn auch vielerorts in Nachahmung des japanischen Vorbilds und unter der Bezeichnung Yangwu ("fremde Dinge") Reform- und Übersetzungsbüros, um mit Hilfe neuer Erkenntnisse Reformen "von oben" durchzuführen. Was die Meiji-Reformer auf zentralistischem Wege erreicht hatten, sollte hier, in China, also wenigstens im Provinzrahmen verwirklicht werden. In der Tat hatten die nach 1909 geschaffenen Provinzparlamente zunächst durchaus auch Innovationserfolge zu verzeichnen, bis sie dann durch die Restauration Yuan Shikais liquidiert wurden.

Drittens war der politische Provinzialismus eine Reaktion gegen Versuche der Qing-Bürokratie, das Land wieder stärker zu rezentralisieren. Zu diesem Zweck war sowohl die Militärführung²³ als auch das zivile Mandarinat "remandschurisiert" worden. Im königlichen Kabinet, das im Mai 1911 eingerichtet worden war, hatten nur vier Chinesen und ein Mongole, dafür aber acht Manzhou Platz gefunden - fünf davon Mitglieder der kaiserlichen Fa-

milie, denen zugleich auch die wichtigsten Ministerien, nämlich die Ressorts für Finanzen, Militärwesen, Marinewesen und Inneres, anvertraut worden waren²⁴ - ein Skandal, auf den die Regionen mit verschärfter Provinzialisierung antworteten.

Viertens hatte die Provinzorientierung auch bei jenen Kräften um sich gegriffen, die später zu den Führern der Revolution gehörten, nämlich den Auslandsstudenten, die sich sogar in Tokyo nach provinziellen Landsmannschaften (huiguan) organisierten, und die nach ihrer Rückkehr agitatorische Aufnahmen vor allem im Provinzrahmen aufnahmen.

Fünftens aber hatte sich die patriotische Bewegung zum Schutz der Eisenbahnen, die für die Dynastie 1911 so schicksalhaft werden sollte, paradoxerweise vor allem im Provinzrahmen entfaltet und damit dem Regionalismus weitere Impulse gegeben.

Die Auswirkungen des Regionalismus wurden sowohl vor als auch nach 1911 überall spürbar: So hatte beispielsweise das seit jeher auf Zentralismus eingeschworene China mehrere Jahrzehnte lang keine dauerhafte Hauptstadt. Die Kapitale wanderte vielmehr unruhig hin und her, von Beijing nach Wuhan und Nanjing (1911/12), von dort zurück nach Beijing und später - als Sitz einer Gegenregierung - nach Guangzhou, sodann eine Zeitlang (1927 ff.) wieder nach Nanjing. Der japanische Angriff i.J.1937 ließ die Hauptstadt erneut nach Wuhan und dann gar ins fernwestliche Chongqing "emigrieren". Zwar kehrte die Regierung 1945/46 nach Nanjing zurück, mußte dann aber im Zeichen des Bürgerkriegs erneut nach Chongqing und schließlich nach Taibei ausweichen. Erst 1949 konnte sich die Hauptstadt dort wieder etablieren, wo sie seit der frühen Ming-Zeit ihren Platz gefunden hatte, nämlich in Beijing. Damit war die Entwicklung wieder zur "Normalität" zurückgekehrt.

Nicht nur die Hauptstädte der Regierung, sondern auch die Zentren der Revolution fluktuierten und "wanderten" von Tokyo über Guangzhou nach Shanghai.

Tokyo, die erste dieser drei Revolutionshauptstädte, war seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts zu einem Zentrum der anti-monarchistischen Kräfte Chinas geworden. U.a. war dort, wie bereits erwähnt, i.J. 1905

der "Schwurbund" gegründet worden. In Japan studierten nicht nur Zehntausende von Studenten, sondern auch zahlreiche Militärkadetten - unter ihnen beispielsweise Jiang Jieshi, der spätere Staatspräsident der Republik China. Tokyo war darüber hinaus ein Ort der Auseinandersetzung zwischen den verschiedensten Denkschulen, sei es nun der Konstitutionalisten, der Republikaner, der Sozialisten oder der Anarchisten (Näheres dazu unten 2.4.).

Zu einem innerchinesischen Mekka der Rebellion entwickelte sich die am weitesten von Beijing entfernt liegende Großstadt Chinas, das südliche Guangzhou, das von jeher ein eigenes kulturelles und politisches Klima besessen hatte, und das vor allem für die Guomindang-Bewegung zum Sprungbrett wurde. Was Yan'an später für die KPCh, wurde Guangzhou für die frühe GMD. Die Revolution sprach damals cantonesisch, und schließlich wurde China im Gefolge des "Nordfeldzugs" (1926) "cantonisiert".

1921 schließlich entwickelte sich Shanghai zum Mittelpunkt der nationalen Revolution: Hier wurde die KPCh gegründet, und hier auch hatte sie bis 1934 ihr formelles Zentrum, dem allerdings in den Jinggang-Bergen unter der Führung Mao Zedongs schon bald mächtige Konkurrenz entstand.

2.3.

"Halbkolonialismus" statt "Herrschaft unter dem Himmel"

Seit dem Opiumkrieg war China, wie Sun Yixian es einmal ausdrückte, zum Sklaven von zehn Herren und zu einer "halbkolonialen" Gesellschaft herabgesunken, die nur noch im Hinterland eigenständig geblieben, im Küsten- und Yangzi-Bereich aber zur Kolonie erniedrigt worden war. Überall ging der ausländische Einfluß bis an die Schmerzgrenze. Sogar die Ideen der Reformen und Revolutionäre, die China ein neues Profil geben wollten, waren ausländischer Herkunft.

Deprimierend zunächst einmal schon die militärischen Niederlagen, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts Schlag auf Schlag auf das Reich niedergegangen waren - man denke an den Opiumkrieg, die Yili-Krise, den chinesisch-französischen Krieg, die verlustreichen Auseinandersetzungen mit dem zaristischen Rußland, die traumatische Niederlage gegen den ehemaligen Schüler Japan und die Demütigung des Reichs

im Gefolge des Boxeraufstands. Europäische Großmächte wie Großbritannien, Frankreich, Rußland und das Deutsche Reich, schließlich aber sogar Japan verlangten Hafenrechte, Konzessionen, "Einflußsphären", "Pachtgebiete" und Kriegsentschädigungen, wollten nach der Meistbegünstigungsklausel behandelt werden und mischten sich, wo immer es ihnen paßte, wahllos in die chinesische Innenpolitik ein, indem sie die konservativen Kräfte gegen die Revolutionäre, das Kaiserhaus gegen einzelne Kriegsherren, oder aber die aufständischen Taiping gegen den Hof ausspielten.

Voller Empörung mußten die neuerwachten Nationalisten zuschauen, wie China als Spielball internationaler Politik diente, wie es aber auch wirtschaftlich immer mehr zur Beute fremder Wirtschaftsinteressen wurde. Ausbeutung machte sich vor allem in fünfacher Hinsicht bemerkbar:

- Da war erstens die Dauerbelastung mit Zinszahlungen für ausländische Darlehen. I.J. 1899 betrugen die Einnahmen des Reiches 88,4 Mio.Tael, während sich die Ausgaben auf 101 Mio.Tael beliefen - davon allein 24 Mio., also ein rundes Viertel, an Bankzinsen für ausländische Kredite!²⁵ Außerdem waren Kriegsentschädigungen zu leisten, und zwar 5,6 Mio.Tael an Rußland (aus der "Yili-Krise" 1879/81), 30 Mio. an Frankreich (aus dem Krieg von 1885), 60 Mio. an Japan (aus dem chinesisch-japanischen Krieg von 1894/95) und 450 Mio. an die Westmächte insgesamt (aus dem Boxerkrieg 1900). Teilweise wurden neue Kredite aufgenommen, um Altkredite damit zu begleichen - eine Praxis, die zu weiterer Kostenexplosion führte.²⁶

Zweitens hatte China immer höhere Außenhandelsdefizite zu verkraften. Zwischen 1865 und 1911 hatten sich die Importe verneunfacht, nämlich von 55 auf 471 Mio.Tael, die Exporte dagegen nur versiebenfacht, nämlich von 54 auf 377 Mio. Das Handelsbilanzdefizit war damit am Vorabend der Revolution von 1911 auf rund 94 Mio. Tael angewachsen²⁷ - für die damalige Zeit eine unerhörte Summe!

Drittens beherrschte ausländisches Kapital vor allem vier moderne Sektoren der chinesischen Volkswirtschaft, nämlich das Banken-, Reederei-, Eisenbahn- und Bergwerkswesen. Für die altmodischen chinesischen Banken und Wechselstuben war Au-

Benhandelsfinanzierung ein Fremdwort, weshalb immer mehr ausländische Geldinstitute in das hier klaffende Vakuum eindringen, nämlich bereits 1845 die britische Oriental Banking Corp., 1853 die Hongkong and Shanghai Banking Corp., 1889 die Deutsch-Asiatische Bank und 1892 die japanische Yokohama Bank. All diese Institute gaben sich keineswegs mit Außenhandelsgeschäften zufrieden, sondern rissen schon bald auch Inlandsgeschäfte an sich, verwalteten Regierungsgelder und emittierten schließlich sogar eigene Banknoten.²⁸

- Auch auf dem Reedereisektor blieben die Ausländer bis 1911 fast unter sich. Chinas Gewässer wurden von ausländischen Schiffen durchpflügt, ob auf dem Yangzi oder im Küstenbereich - vom Überseetransport erst gar nicht zu reden. Überall gaben britische Kapitäne, westliche Taipans und Kanonenboote mehrerer Nationen den Ton an. Die Chinesen wurden auf den Schiffen allenfalls als zahlende Fracht geduldet. Die größten Flotten gehörten den beiden britischen Firmen Butterfield & Swire sowie Jardine, Matheson & Co., nämlich der "China Navigation Company" bzw. der "China Coast Steam Navigation Company". Zwar hatte das kaiserliche China durch Gründung der "China Merchants Steam Navigation Company" der ausländischen Übermacht zu trotzen versucht, doch konnte diese Firma mit ihren zweitklassigen Schiffen und Dschunken den weitaus moderneren Bewerbern nicht das Wasser reichen, zumal Jardine and Matheson mit weiteren Neugründungen antworteten, nämlich der "Yangzi Steam Navigation Company" und der "Indochina Steam Navigation Company". Schließlich traten auch noch japanische, deutsche und amerikanische Reedereien auf den Plan, so daß der chinesische Frachtanteil schon um die Jahrhundertwende auf 19,3% zurückgegangen war.²⁹

- Nicht nur beim Schiffstransport, sondern auch im Eisenbahnwesen waren die Chinesen in Gefahr, zu Fremden im eigenen Land zu werden. Frankreich hatte dem Beijinger Hof bereits 1895 das Recht zum Bau einer Eisenbahnlinie von der Provinz Yunnan nach Hanoi abgetrotzt. 1896 folgte das zaristische Rußland mit dem Bau der Ostchinesischen Eisenbahn quer durch die Mandschurei nach Wladivostok, der kurze Zeit später ein weiteres Teilstück, nämlich die Südmandschuri-

sche Eisenbahn nach Port Arthur und Dalny/Dairen (Dalian), folgte. Das Deutsche Reich erwarb 1897 Eisenbahnkonzessionen für eine Strecke von Jiaozhou ("Kiautschau") nach Jinan/Provinz Shandong. Mit ihren zusammen rund 3.500 km Schienennetz machten diese vier Projekte bereits 41% der gesamten Eisenbahnstrecke Chinas i.J. 1911 aus.³⁰ Da aber auch die anderen chinesischen Linien zum größten Teil mit ausländischen Krediten gebaut wurden, übte das Ausland auch dort einen erdrückenden Einfluß aus - eine Belastung, die umso schwerer wog, als die imperialistischen Mächte offensichtlich im Begriff standen, die Regionen entlang "ihrer" Eisenbahnen zu sozio-ökonomischen Einfluszonen auszubauen: ein Vorhaben, das insbesondere von den Japanern systematisch betrieben wurde, die 1906 die Südmandschurische Eisenbahn aus der russischen Kriegsbeute übernahmen und sie zum Brückenkopf für die spätere Eroberung der Mandschurei ausbauten. Die Eisenbahnnetze wurden m.a.W. zum Trojanischen Pferd der geplanten Unterjochung küstenfernerer Gebiete.

- Weit davon entfernt, sich mit ihren ohnehin schon erdrückenden Bank-, Reederei- und Eisenbahnkonzessionen zufriedenzugeben, stürzten sich die Ausländer auch noch auf Bergwerke und auf gewinnträchtige Bereiche der jungen Schwerindustrie. Die Hangyeping-Bergwerks- und Eisenverhüttungswerke waren zwar noch vom kaiserlichen China gegründet worden, dann aber 1902 in japanische Hand übergegangen. Später konnte sich keine eigene chinesische Schwerindustrie mehr entwickeln, da das Recht zur Ausbeutung vor allem von Eisen und Kohle ausländischen Firmen übereignet werden mußte. Alle "rentablen Objekte" wechselten seit 1900 schnell den Besitzer: Die Kohlegruben von Fushun und das Eisenerzlager von Anshan (Mandschurei) gingen an Japan, die Kohlegruben von Kailuan (damals Provinz Zhili, heute Hebei) an Großbritannien und die Ausbeutung der Rohölfelder in Shaanxi an die amerikanische Standard Oil Company. Die Kailuan-Zeche war z.T. bereits i.J. 1900 durch Vermittlung des späteren US-Präsidenten Herbert Hoover an die Briten gelangt. Sie wurde später, in den zwanziger Jahren, zum Kristallisationspunkt erster Arbeiterunruhen.

- Nicht einmal der Leichtindustriesektor blieb den Chinesen vorbehalten. Hier tat sich besonders der "Multi" Jardine & Matheson hervor, der nicht nur Schiffbau und Schiffstransporte betrieb, sondern auch Tee, Seide und Baumwolle verarbeitete, Bier braute, Versicherungs- und Verpackungsgesellschaften unterhielt und nebenbei auch noch Lagergeschäfte betrieb, Ingenieuraufträge wahrnahm und Kredite vergab.³¹ Kurz, wo immer sich Verdienstmöglichkeiten auftaten, waren als erste die Ausländer mit überlegenem Kapital- und Technologieeinsatz zur Stelle - eine Hase-Igel-Situation, für die das deprimierte chinesische Unternehmertum nicht zuletzt auch das regierende Kaiserhaus verantwortlich machte.

- Eine weitere Form der Ausbeutung Chinas war schließlich noch die Verwaltung der kaiserlichen Zölle durch eine von Ausländern geführte Organisation, nämlich das von dem Briten Robert Hart gegründete und viele Jahre hindurch geleitete Zollamt, dessen Bürokratie rein fiskalisch, jedoch nie politisch, d.h. in Schutzkategorien dachte, so daß Industrieerzeugnisse aus aller Herren Länder mit nur 5% Zoll belastet die chinesischen Städte und Dörfer überschwemmen konnten, vor allem Baumwollgarne, Zigaretten (die unter ausländischer Regie von der British American Tobacco Company in China hergestellt wurden) und schließlich sogar Petroleum, das die bis dahin für den Lampenverbrauch verwendeten Pflanzenöle überflüssig machte und eine blühende einheimische Ölindustrie in nur wenigen Jahren verkümmern ließ. Gleichzeitig verdrängten japanische Rohseide und Tee die chinesischen Konkurrenzprodukte vom Weltmarkt und ließen die chinesische Handelsbilanz noch defizitärer ausfallen, da sich die Exporte von jetzt an fast nur noch auf einige wenig gewinnträchtige Produkte wie Schweineborsten und Sojabohnen reduzierten.

All dies war deprimierend: Vier Jahre vor Beginn der Republik, i.J. 1907, wurden 84% der Schiffstransporte, 34% der Baumwollherstellung, 100% der Eisenverhüttung und 93% der Eisenbahnen von ausländischem Kapital kontrolliert! Da die fremde Konkurrenz nicht nur mit gewaltigen wirtschaftlichen und technologischen Vorgaben, sondern auch mit Sonderprivilegien (Steuervergünstigungen, Immunität gegenüber der chinesischen

Rechtsprechung und Vorteile aus den Ungleichen Verträgen) ausgestattet war, schien es für die Talfahrt der chinesischen Wirtschaft keine Grenzen nach unten mehr zu geben.

Obendrein führte der "Halbkolonialismus" (ban zhi zhuyi) auch noch zu sozio-ökonomischen Verzerrungen:

- Da kam es erstens zu Ungleichgewichten zwischen den einzelnen Regionen: Gegenden, in denen einst die Wirtschaft geblüht hatte, wie Sichuan, Hunan, Henan sowie Städte vom Range Beijings, Xi'ans, Kaifengs und Luoyangs, gerieten ins ökonomische Abseits, während auf der anderen Seite neue Zentren emporwuchsen, die traditionell an der Peripherie der Geschichte gelegen hatten, so z.B. Shanghai, Qingdao, Tianjin und Tangshan - von Städten wie den neuen mandschurischen Industrieorten ganz zu schweigen. Dieses Absterben und Aufblühen wurde durch Eisenbahn und Küstenschifffahrt verursacht, die im traditionellen China unbekannt oder unbedeutend gewesen waren. Dem "halbkolonialen" China erging es hier ähnlich wie anderen kolonial beherrschten Ländern: In Indien wurden z.B. die alten Königsstädte von ehemaligen Randsiedlungen wie Kalkutta und Bombay abgelöst, in Vietnam Hanoi von Saigon, in Birma Mandalay von Rangun und in Java die beiden Königsstädte Jogjakarta und Surakarta von Batavia/Jakarta.

Hatten die wirtschaftlichen Schwerpunkte Chinas fast die ganze Ming- und Qing-Dynastie hindurch am Yangzi und an der Südküste gelegen, so verlagerten sie sich während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach Nord- und Ostchina, weil dort die meisten Bergbaugebiete lagen und deshalb auch die Eisenbahntrassen und Einflußgebiete entsprechend ausgerichtet wurden.

Die neue Schwerpunktverteilung nahm auf die chinesischen Wirtschaftsbelange selten Rücksicht, sondern richtete sich ausschließlich nach den Bedürfnissen des Weltmarkts. So kam es, daß zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Leichtindustrie auf wenige Küstenklaven (Shanghai, Tianjin, Guangzhou, Fuzhou, Hangzhou, Ningbo) und die vor allem unter japanischer Leitung entstandene Schwerindustrie fast ausschließlich auf die rohstoffreiche Südmandschurei konzentriert war. Das übrige China blieb bäuerliche "Peri-

pherie". Die Hinorientierung auf den Weltmarkt ging so weit, daß sogar die Leichtindustrie Shanghais oder Tiansins einen Teil ihrer Rohstoffe nicht vom chinesischen Hinterland, sondern über See bezog. Die dortigen Industrien wurden also regelrecht im Weltmarktprozeß "verwertet" und hatten mit "China" kaum etwas zu tun. Dies wiederum hatte zur Folge, daß die einzelnen Industriestandorte auch untereinander kaum Beziehungen pflegten, es sei denn, daß ausländische Unternehmen hier zufällig für einen Brückenschlag sorgten. Angesichts dieser Entwicklungen konnte sich auch kaum ein geschlossener chinesischer Binnenmarkt entwickeln. So führte beispielsweise Guangdong Reis aus, während Hunan hungerte. Der chinesische Unternehmer stand angesichts dieser Situation stets vor zwei Extremen: entweder begnügte er sich mit einem begrenzten regionalen Markt oder aber er ordnete sich den Zwängen des allumgreifenden Weltmarkts unter. Kein Wunder, daß die junge Bourgeoisie all jenen Politikern und Parteien Unterstützung gewährte, die den Aufbau einer wirklichen Volkswirtschaft und eines geschlossenen nationalen Marktes glaubhaft zu versprechen wußten. Dies war auch der Grund, warum Sun Yixian vom chinesischen Auslandsbürgertum lange Jahre hindurch mit beträchtlichen Geldmitteln unterstützt wurde, warum das Herz des Unternehmertums für Jiang Jieshi schlug, und warum schließlich sogar die KPCh umhalst worden wäre, hätte sie dem Bürgertum nicht von vornherein nach dem Leben getrachtet.

Neben der regionalen Disparität entstanden noch zwei weitere Ungleichgewichte, die im Text bereits angesprochen wurden, nämlich ein ungesundes Gefälle zwischen Schwerindustrie (unter japanischer Leitung im Nordosten), Leichtindustrie (in wenigen Küstenklaven) und "peripherer" Landwirtschaft sowie "Klassenwidersprüche" zwischen den neuaufgekommenen Schichten der "Bourgeoisie", der "Kleinbourgeoisie" (Intellektuelle, Militärs) und des "Arbeiterproletariats"; die drei "Klassen" sollten neben der verelendenden Bauernschaft zu den Triebkräften des weiteren Geschichtsverlaufs werden.

Faßt man alle diese "Ungleichgewichte" und "Widersprüche" zusammen, die ohne äußere Einwirkungen kaum denkbar gewesen wären, so kommt

man zu dem Schluß, daß die Imperialismustheorie, die davon ausgeht, daß Leid und Entfremdung im großen und ganzen exogen verursacht sind, für China damals sehr wohl zutrifft. Die spätere Bauernrevolution freilich, von der vor allem die Mao-Bewegung getragen wurde, hatte demgegenüber eher endogene und autochthone Ursachen, nämlich Widersprüche zwischen Grundbesitzern und "Armen sowie Unteren Mittelbauern".

Wie man das soziale Elend und die nationale Demütigung Chinas in der damaligen Zeit aber auch immer interpretiert - niemand kam um die Schlußfolgerung herum, daß wieder einmal die kaiserliche Administration versagt hatte. Dies wurde besonders deutlich im Zusammenhang mit der demütigenden Niederlage Chinas gegen Japan in den Jahren 1894/95. Anlaß für den damaligen Krieg waren Aufstände in Korea, die sich gegen die verhaßte, rohstoffhungrige Industriemacht Japan richteten, und die den koreanischen Hof veranlaßten, den Tributheerrn China zu Hilfe zu rufen. Nachdem sich China und Japan am 1.8.1894 den Krieg erklärt hatten, kam es zu Zusammenstößen, die für China katastrophal endeten: seine Landtruppen wurden am 14. und 15. September, seine Nordflotte am 17. September vernichtend geschlagen. Besonders schmachvoll war das Ende der aus zehn Schiffen bestehenden chinesischen Nordflotte. Auf der Rückfahrt von Korea, wohin sie Truppeneinheiten befördert hatte, kamen ihr 12 Kriegsschiffe unter amerikanischer Beflagung entgegen. Kaum war dieser Konvoi auf Gefechtsdistanz herangekommen, setzte er plötzlich japanische Fahnen und eröffnete das Feuer, das die überrumpelten Chinesen schon deshalb nicht erwidern konnten, weil sie kaum Munition mitführten; war doch in den vorangegangenen Jahren die Hälfte des für den Flottenbau vorgesehenen Etats von Kaiserinwitwe Ci Xi für den Bau des Beijinger Sommerpalastes abgezweigt worden.

Was von der chinesischen Flotte übrigblieb, wurde am 30. Januar 1895 im Kriegshafen Weihai (auf der Shandong-Halbinsel) Beute eines erneuten japanischen Angriffs, der diesmal nicht nur von der See-, sondern auch der Landseite her erfolgte. Darüber hinaus stießen japanische Verbände im März 1895 in die Mandschurei vor. Eigentlich hätte der Verlust der Nordflotte

und der Einfall in die Mandschurei noch kein Kapitulationsgrund sein müssen; doch war die Qing-Regierung durch die vielen Niederlagen, die sie in den vorangegangenen Jahren erlitten hatte, bereits so müde geworden, daß sie, sehr zur Empörung der chinesischen Öffentlichkeit, um Kapitulationsverhandlungen bat und am 17. April 1895 im südjapanischen Shimonoseki einen Vertrag unterzeichnete, in dem sie die Vorherrschaft Japans über Korea anerkannte und die Halbinsel Liaodong, Taiwan sowie die zwischen Taiwan und dem Festland liegenden Penghu-Inseln abtrat. Zwar sorgten drei westliche Großmächte, nämlich Rußland, Frankreich und Deutschland, durch ihren "Einspruch von Shimonoseki" dafür, daß Japan dann doch den Fuß nicht aufs chinesische Festland setzen konnte, doch holte Tokyo i.J. 1906 dann nach, was ihm elf Jahre vorher versagt worden war, und "pachtete" die Halbinsel Liaodong. Ferner verdrängte Japan durch seinen Sieg über das zaristische Rußland (1904/05) seinen schärfsten Konkurrenten aus der Mandschurei, brachte 1910 Korea unter seine Herrschaft, besetzte im November 1914 das von einer nur schwachen deutschen Besatzung verteidigte Qingdao und stellte am 18.1.1915 die berüchtigten "21 Forderungen", die, wären sie voll angenommen worden, die junge Republik zu einem kolonialen Anhängsel Japans gemacht hätten. Verlangt wurde dabei u.a. die Verpachtung der Südmandschurei an Japan auf 99 Jahre, die Anerkennung japanischer Interessen auf der Halbinsel Shandong, in der östlichen Mongolei sowie im Yangzi-Tal, japanische Kontrollrechte über die chinesische Rüstungsindustrie sowie über den Bergbau, die Zulassung japanischer Ratgeber in sämtlichen Schlüsselbereichen der Politik und Wirtschaft, die Einrichtung einer gemeinsamen japanisch-chinesischen Polizei an allen strategischen Plätzen Chinas und die Verpflichtung Beijings, keiner dritten Macht irgendeinen Teil des chinesischen Küstengebiets abzutreten.

Wenn China Zumutungen dieser Art wenigstens teilweise abwehren konnte, so nicht aufgrund von Verdiensten der Regierung, sondern weil eine andere westliche Großmacht, die USA, gemäß ihrem schon i.J. 1900 von John Hay verkündeten "Prinzip der Offenen Tür" auf Bewahrung des chinesischen Staatsgebiets drängte, und weil sich außerdem die chinesische Bevölkerung durch den systematischen Boykott japanischer Waren, durch Bestreikung

japanischer Betriebe und durch die Ausrufung des "Tags der nationalen Schande" (9. Mai 1915) eindrucksvoll zur Wehr setzte.

2.4.

Neue Vorstellungen von Staat und Gesellschaft als Sprengsätze

Immer wenn China im Verlauf seiner 2000jährigen Kaisergeschichte wieder einmal eine Niederlage gegen barbarische Invasoren erlitten hatte, pflegte es die Schuld dafür nicht bei den anderen, sondern bei sich selbst zu suchen. Nach konfuzianischer Auffassung stürzten Dynastien ja nicht, weil sie etwa unzulänglich organisiert oder schlecht gerüstet gewesen wären, oder weil sie es gar mit einem überlegenen Gegner zu tun gehabt hätten (wer konnte dem Reich der Mitte schon das Wasser reichen!), sondern weil sie vom Pfad der Tugend, d.h. von den aus grauer Vergangenheit ererbten und von den Beamtengelehrten über viele Jahrhunderte hin nachkorrigierten Sittengeboten abgewichen waren. Dynastien kommen und gehen, das Kaisertum als solches aber bleibt bestehen - dies war ein Grundsatz, an dem bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts kaum jemand herumgedeutelt hätte. Doch nun wurden all diese "Selbstverständlichkeiten" plötzlich hinterfragt - ein Stimmungswandel, der nicht zuletzt durch die um die Jahrhundertwende nach China gelangte westlich-sozialdarwinistische Lehre von der "natürlichen Auslese" und vom "Überleben des Stärkeren" ausgelöst worden war. Nun also hatte man plötzlich den wahren Schlüssel für den Niedergang Chinas in der Hand: Nicht etwa nur der innere Verfall der Qing, sondern die von außen kommende westliche Wirtschafts- und Waffenüberlegenheit war es, die China zum Schwächling degradiert hatte! Bei aller Verzweiflung gab es nun freilich auch wieder Hoffnung: Wenn es nämlich nicht nur auf die sittliche Selbstvervollkommnung im traditionellen Sinne, sondern auf Schaffung eines starken Staates ankam, der sowohl die Konkurrenzkämpfe im Inneren als auch nach außen hin zu bestehen vermochte, so gab es Mittel und Wege der Selbststärkung, wie sie bereits von Japan in exemplarischer Weise vorexerziert worden waren. Ziel mußte also ein starker chinesischer Staat sein - darin waren sich alle Gruppierungen der neuen Eliten einig. Streit herrschte lediglich über die Modalitäten dieses Kräftigungsprozesses.

Keine der vielen Gruppierungen hatte damals eine Patentlösung; alle waren vielmehr auf der Suche nach neuen Wahrheiten. Insofern erinnerten die Jahre um 1911 an die Zeit der "Kämpfenden Reiche" (475-221 v. Chr.), als das Siechtum der altherwürdigen Zhou-Dynastie zu einem Chaos ohnegleichen, gleichzeitig aber auch zu intensivem Nachdenken über neue Wege führte.

Auch diesmal kristallisierten sich, wie schon damals, mehrere Gedankenschulen heraus, die, kaum waren sie entstanden, einander auch schon wieder in den Haaren lagen.

2.4.1.

Entbehrlichkeit der Monarchie und der alten Ordnung?

Am heftigsten entzündete sich der Streit an der Frage, ob und in welcher Form das Kaisertum fortbestehen sollte. Drei Vorstellungen zeichneten sich hier ab: Umwandlung der absoluten in eine konstitutionelle Monarchie, Ersetzung des mandschurischen durch ein Han-chinesisches Kaiserhaus oder aber Abschaffung der Monarchie und Ausrufung einer Republik.

Für alle drei Optionen gab es Verfechter: Die Konstitutionalisten (lixian-dangren), an deren Spitze zwei der berühmtesten Intellektuellen des damaligen China, Kang Youwei und, etwas später, Liang Qichao (1823-1929) standen, warnten vor einem radikalen Bruch mit der Vergangenheit und traten für eine Symbiose von Tradition und westlicher Moderne ein, die sie politisch am ehesten in einer konstitutionellen Monarchie nach britischem (und neuerdings auch japanischem) Muster gewährleistet sahen. Kang und Liang waren diesen Vorstellungen auch dann noch treu geblieben, als sie, im Anschluß an die "Reform der Hundert Tage" (Juni/September 1898) vom Kaiserhaus verfolgt worden und nur durch Flucht ins Ausland der Hinrichtung entkommen waren. Beide hatten noch eine klassische konfuzianische Ausbildung durchlaufen, hatten sich gleichzeitig intensiv auch mit dem Westen auseinandergesetzt und wirkten sowohl durch ihr persönliches Charisma als auch durch die Eleganz ihres Stils meinungsbildend. Nach dem Sieg der "konstitutionellen Monarchie" Japan gegen das "autokratisch regierte" Rußland in den Jahren 1904/05 hatten sie ein weiteres glänzendes Argument für ihre Beweiskette. Die Güte ihres Plädoyers wurde allerdings durch den

erbärmlichen Zustand der Monarchie getrübt. Außerdem hatten auch sie unter der allgemeinen Erfahrung zu leiden, daß in kritischen Situationen Gradualisten selten gefragt sind.

Für die zweite Option, nämlich die Ersetzung der mandschurischen durch eine Han-chinesische Dynastie plädierten, wie unten 4.2. noch näher auszuführen, Kreise um den späteren Präsidenten Yuan Shikai.

Am Ende setzte sich freilich die antimonarchistische und republikanische Variante Sun Yixians (1866-1925) und seiner "Revolutionäre" durch, die sich mit den konstitutionalistischen "Reformern" jahrelang in den Haaren lagen. Dabei unterschieden sich beide Gruppen weniger in ihrer patriotischen, demokratischen oder neuerungsorientierten Gesinnung als vielmehr in ihren methodischen Vorstellungen:

Die Reformer wollten China nach britischem Vorbild im Rahmen einer fortbestehenden Monarchie demokratisieren und technisch modernisieren, wobei sie den Manzhous Patriotismus und die Fähigkeit zur Erneuerung zutrauten. Die Revolutionäre andererseits zweifelten sowohl am guten Willen als auch an dem Vermögen der "Fremddynastie", chinesisch zu denken und China aus der Erniedrigung herauszuführen. Nur über die Leiche der Monarchie hinweg könne etwas Neues und Zukunftsträchtiges entstehen - eben die Republik! Diese Politik, aus China wieder ein "weißes Blatt zu machen, auf das sich die schönsten Schriftzeichen pinseln ließen", hat später Mao Zedong erneut aufgegriffen. Weit über 1911 hinaus auch blieb die Frage umstritten, ob die Revolution von oben oder aber von unten her erfolgen solle.

Die Reformer fürchteten, daß die ausländischen Mächte, wie schon zur Zeit der Taiping- und der Nian-Aufstände im Falle einer Revolution erneut zugunsten der "ordnungserhaltenden" Dynastie intervenieren könnten und hoben daher warnend den Zeigefinger, während die Revolutionäre, die ja z.T. viele Jahre lange im Ausland gelebt und studiert hatten, eine solche Wendung der Dinge für unwahrscheinlich hielten.

Drittens wünschten beide Parteien zwar grundlegende Veränderungen des sozio-ökonomischen Systems, wobei die Stichworte parlamentarische De-

mokratie, Industrialisierung und westliche Wissenschaft besonders häufig auftauchten, doch verlangten die Reformer einen Verzicht auf Gewalt (die Millionenopfer der Taiping-Revolution waren noch in frischer Erinnerung!), eine selektive Weiterführung des konfuzianischen Wertesystems und ein maßvolles Neuerungstempo, während die Revolutionäre notfalls auch Gewalt in Kauf nehmen, vom Konfuzianismus und der "veralteten Tradition" möglichst wenig wissen und außerdem möglichst schnelle Ergebnisse herbeiführen wollten.

Es waren die divergierenden Tempovorstellungen, die am Ende den Hauptunterschied zwischen beiden Konzeptionen ausmachten. Während die einen das Andante des (insgeheim zum Vorbild genommenen) Japan für ausreichend hielten, glaubten die anderen, alles im Prestissimo durchpeitschen zu müssen. Hatte die kaiserliche Regierung mit Erlaß von 1908 noch eine Übergangszeit für die Verwaltungsreformen von 1909-1918 vorgesehen, so drängten die Revolutionäre schon bald auf immer kürzere Zeitabschnitte. Ungeduld regierte die Welt. Beim Lesen der damaligen Auseinandersetzungen fühlt man sich an Haltungen erinnert, wie sie sich in der Volksrepublik nach 1952 wiederholten, als der Streit um die Generallinie ("Schreiten" oder "Springen"?) zum Hauptgegenstand der Auseinandersetzung zwischen dem Mao-Flügel und seinen Widersachern wurde.

2.4.2.

Sun Yixian und seine Sanmin zhuyi

Zum einflußreichsten politischen Denker des 20. Jahrhunderts und zum eigentlichen Führer der Republikaner wurde Sun Yixian (Yat-sen) (1866-1925), der ganz im Gegensatz zum klassisch-konfuzianisch ausgebildeten Liang Qichao eine Karriere durchlief, die ganz vom Westen sowie von der chinesischen Peripherie geprägt war: Geboren im äußersten Süden Chinas, ging er schon mit 13 Jahren ins Ausland, besuchte in Honolulu ein Gymnasium der Kirche von England, konvertierte zum Christentum, nahm in Guangzhou und Hongkong ein Medizinstudium auf und versuchte 1892 in der portugiesischen Kolonie Macao eine Arztpraxis zu eröffnen.

Als auslandsorientierter Chinese am Rande der Gesellschaft stehend, als Bürger mit dem herrschenden System unzufrieden und als Arzt gescheitert, schlug

er schließlich eine Laufbahn ein, die im damaligen Asien einzigartig war, insofern er nämlich zu einem der ersten Berufsrevolutionäre wurde, der immer neue Ideen entwarf, der immer neue Parteien gründete, zehn Aufstände gegen die Dynastie vom Zaun brach, ständig auf der Flucht war und sich mit jeder Gruppierung zusammentat, die seinen republikanischen Zielen nützlich sein konnte, sei es nun mit chinesischen Geheimgesellschaften, japanischen Expansionisten, amerikanischen Missionaren, chinesischen Studenten, Überseechinesen, Warlords und Komintern-Agenten. Innerhalb der chinesischen Gesellschaft waren stets Randgruppen seine eigentlichen Adressaten, sei es nun die zurückgekehrte Studentenschaft, das Küstenbürgertum oder aber das Auslandschinesentum in den indo-pazifischen Randzonen.

Suns Hauptvermächtnis sind die "Drei Grundlehren vom Volk" (sanmin zhuyi), die keineswegs aus einem Guß stammen, sondern sich erst nach einem langen Erfahrungsprozeß sukzessiv herauskristallisiert haben. Die ersten Elemente entstanden schon in den neunziger Jahren des vorangegangenen Jahrhunderts, die Endfassung erfolgte erst in Form von 16 Vorträgen, die der "Landesvater" (Guofu) zwischen dem 24.1. und 24.8.1924 in Guangzhou gehalten hat.

In ihrer Schlußfassung von 1923 erhielt die Sanmin zhuyi folgende Interpretation:

- Ziel der Nationalen Grundlehre (minzuzhuyi) ist es, China nach außen hin souverän zu machen, in seinem Inneren die uneingeschränkte Gleichheit aller Volksgruppen zu sichern und schließlich auf die volle Gleichberechtigung aller Menschen in der Welt hinzuwirken. Leitbegriff hierfür war die "Große Einheit" (datong).

- Die Politische Grundlehre (min-quanzhuyi) zielt darauf ab, die Bevölkerung an der Politik zu beteiligen, und die jahrtausendelange Trennung zwischen Regierenden und Regierten aufzuheben. Als Mittel dazu dient ein Gewaltenteilungsschlüssel, nach dem das Volk vier Rechte (Wahl, Absetzung, Gesetzesinitiative und Referendum), die Regierung aber fünf Rechte ausüben darf, nämlich Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung, Prüfung und Kontrolle, wobei die drei ersteren Kategorien der westlichen Gewaltenteilungstradition entnommen wurden,

während die beiden letzteren autochthon-chinesischen Ursprungs sind und an die Tradition der Staatsprüfungen sowie des Zensorats anknüpfen. Die vier Bürgerrechte sollten institutionell von der Nationalversammlung (Guomin dahui), die fünf Gewalten der Regierung dagegen von je einem sogenannten "Yuan" (Regierungshof) ausgeübt werden.

Sun liebte den Vergleich der Republik mit einer Fabrik: Der Präsident fungiere als Direktor, die Regierung stelle die Arbeiterschaft, das Volk besitze die Aktien. Alle seien aufeinander angewiesen und sollten miteinander harmonieren, vor allem aber darauf verzichten, sich durch Klassenkämpfe oder durch Streiks das Leben schwer zu machen. Die Grundsatzentscheidungen sollten vom Volk/den Aktionären, die laufenden Entscheidungen aber von den Administratoren/Facharbeitern gefaßt werden.

Da sich dieser ideale demokratische Zustand nicht auf Anhieb erreichen lasse, seien drei Entwicklungsstufen zu durchlaufen. Hatten die Konstitutionalisten stets für einen behutsamen Übergang zu demokratischeren Formen plädiert, so setzte Sun ihnen in seinem "Entwurf zum Staatsaufbau" (jianguo da gang) ein wesentlich zügigeres Dreistufen-Programm entgegen, demzufolge auf eine dreijährige "Militärregierung" (junzheng) eine sechsjährige "Vormundschaftsregierung" (xunzheng) und anschließend eine demokratische Regierung mit einem gewählten Präsidenten sowie einem Parlament folgen solle. (xianzheng: "Verfassungsregierung")

- Das Ziel der Sozialen Grundlehre (minshengzhuyi, wörtlich "Volks-Lebens-Lehre") schließlich besteht darin, eine den chinesischen Gegebenheiten gemäße soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. In seinen Cantoner Vorlesungen von 1923 setzte sich Sun in diesem Zusammenhang mit dem Sozialismus in all seinen Varianten auseinander, die er samt und sonders kategorisch und leidenschaftlich ablehnte. Nicht die Selbstbewegung der Materie und der Klassenkampf seien die Haupttriebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern die Überlebenswünsche der Menschen, d.h. ihr Suchen nach Nahrung, Kleidung, Unterkunft und einem Mindestmaß an Infrastruktur. Der Klassenkampf sei nicht die treibende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern ganz im

Gegenteil ihre Krankheit. Hauptaufgabe der Regierung müsse es sein, die verschiedenen Interessen aufeinander abzustimmen, und zwar durch Besteuerung der Wohlhabenden, Unterstützung der Armen, Verbesserung der Transport- und Kommunikationsmittel und überhaupt durch vielfältige Maßnahmen des sozialen Ausgleichs. Sun lehnt die Lehren von Marx ebenso entschieden ab, wie er andererseits das Sozialwerk Bismarcks, d.h. die Sozialversicherung, die Maßnahmen gegen Kinder- und Frauenarbeit, das Pensionswesen, den 8-Stunden-Tag und die progressive Einkommensbesteuerung geradezu idealisierte. Habe Bismarck die Kapitalisten freilich noch zwingen müssen, so hätten sich spätere Unternehmer in freier Einsicht der Notwendigkeit gebeugt - man denke an Ford, der, anders als Marx es für den typischen Kapitalisten prognostiziert habe, die Löhne nicht herunterdrückte, die Arbeitszeit nicht verlängerte und die Preise nicht erhöhte, sondern sich in all diesen Punkten gerade andersherum verhielt.

Sun forderte aber nicht nur eine gerechtere Verteilung des Eigentums, sondern Hand in Hand damit auch eine Einschränkung des Kapitalismus, und zwar durch Verstaatlichung der Banken, Eisenbahnen, Reedereien und aller Schlüsselbetriebe, die Einführung einer direkten und progressiven Einkommens- und Erbschaftsbesteuerung, die Vergenossenschaftlichung des Verteilungsapparats durch Gründung privater und staatlicher Konsumvereine und durch Zuteilung des Bodens an den Pflüger. Allerdings solle diese Umverteilung nicht durch Enteignung, sondern mit Hilfe zweier Instrumente, nämlich der Besteuerung und des Aufkaufs erfolgen. In diesem Zusammenhang möge jeder Grundeigentümer den Wert seines Grundstücks selbst bestimmen, auf den dann 1% Bodensteuer erhoben werde. Setze der Eigentümer den Wert zu hoch an, so treffe ihn eine höhere Steuerlast, greife er aber zu tief, so solle die Regierung berechtigt sein, das betreffende Grundstück zu dem vom Eigentümer selbst benannten Preis aufzukaufen und die einzelnen Parzellen an die Pflüger weiter zu veräußern.³² Ein Leitmotiv aller Modernisierungsüberlegungen Suns ist bezeichnenderweise die enge Verbindung von technologischer Innovation und sozialen Überlegungen. Es war einer der Hauptfehler seiner Mitkämpfer und vor allem sei-

ner Nachfolger, daß sie dieses soziale Anliegen aus dem Auge verloren. Erst nachdem die Guomindang ins Taiwanner Exil gegangen war, wurden einige der Sunschen Forderungen wieder aus der Versenkung geholt.

In Suns Werk begegnen sich traditionelle und westliche Vorstellungen. Konfuzianisch an seinen "Drei Grundlehren" sind die Kultivierung der Persönlichkeit als A und O aller Politik, wie sie bereits in der "Großen Lehre" des Konfuzius gefordert worden war, ferner der Wunsch nach sozialer Harmonie, der Vorrang der Gemeinschaft und der Pflicht vor dem Individuum und seinen Rechten, das Mißtrauen gegen die "freie Entfaltung der Persönlichkeit", der Erziehungsgedanke und der Einbau der Kontroll- sowie der Prüfungsgewalten ins Regierungsinstrumentarium. "Westlich" inspiriert war andererseits der Wunsch nach Gleichheit vor dem Gesetz, vor allem aber die Mitbestimmungsforderung, der durch Einführung westlich-demokratischer Institutionen (Wahlen, Parlament, unabhängige Justiz etc.) Vorschub geleistet werden sollte. Neu auch war Suns Postulat, daß China nicht mehr als Reich der Mitte, sondern als einer von vielen Staaten im Konzert der Mächte betrachtet werden solle.

Sun hat im Dienste seiner revolutionären Vorstellungen wahre Rekorde aufgestellt: Rastlos inszenierte der "schnellfüßige Doktor" (S.Seagrave) nicht weniger als zehn anti-mandschurische Aufstände, bei deren Scheitern er ebensooft fliehen mußte, gründete vier Parteien, warb aus den Randzonengebieten Küstenchinas und des Pazifiks riesige Finanzmittel ein, von denen er - selten genug in der politischen Kultur Chinas - nicht einen einzigen Yuan in die eigene Tasche wandern ließ, und war im übrigen sein ganzes Leben lang ein Homo viator: In einer Zeit, da es noch keinen Flugverkehr gab, legte er zu Schiff rund 200.000 km zurück: Viermal überquerte er den Pazifik, viermal den Indik und sechsmal den Atlantik; er war siebenmal in Vietnam, achtmal in Singapur und ein Dutzend Mal in Japan. Honolulu, Tokyo, Yokohama, Chikago, New York, Paris und Brüssel waren seine Tribünen, von denen aus er in die Kreise der Auslandsstudenten und -chinesengemeinden hineinwirkte und für seine Ideen warb.³³

Sun erbrachte aber auch Rekorde an "Unlogik", die freilich nur auf den ersten Blick so erscheinen: Als Zeitge-

nosse Lenins bewunderte er den russischen Revolutionsführer, ging zugleich aber auch auf Distanz zu ihm - ein Verhalten, das durchaus auf Gegenseitigkeit beruhte. Sun konnte sich zwar nie mit dem Marxismus und seiner Klassenkampftheorie anfreunden, nahm aber bereitwillig das Moskauer Angebot zur politischen Zusammenarbeit an. Was der "Guofu", belehrt von schmerzlichen Erfahrungen, am meisten brauchte, war eine straffe Partei. Wer konnte hier besser helfen als die KPdSU (und die Komintern) mit ihrem durch die Oktoberrevolution bewährten Organisationspotential?³⁴

Die Urteile über Sun sind geteilt: Für die einen ist er der Guofu (Landesvater), um den herum schon bald nach seinem Tod ein kräftiger Personenkult ins Kraut zu schießen begann; für andere ist er der "Sanftmütigste aller Revolutionäre". Auch das offizielle KPCh-Urteil fällt günstig aus. Suns Witwe, Qingling, kam in der Volksrepublik zu hohen Ehren.

Sarkastisch drückt sich andererseits Mao Zedong aus: "Sun war ein Redner und Aufwiegler, sprach eifrig und empört und erhielt viel Applaus... Er duldete es nicht, daß andere ihn widerlegten; es war unmöglich, Kritik zu äußern. Tatsächlich waren seine Reden sehr wäbrig und enthielten wenig Öl. Er war sehr undemokratisch. Ich meine, er hätte vor sechzig Jahren einen guten Kaiser abgeben können, ohne Demokratie. Sobald er den Versammlungsraum betrat, mußte die ganze Versammlung aufspringen und 'Dr.Sun' rufen... Er ging so weit, zu behaupten, Sozialismus und Kommunismus seien in seinen Drei Volksprinzipien enthalten."³⁵

Auch Suns politische Philosophie findet nicht ungeteilte Zustimmung: Für die einen sind die Sanmin zhuyi ein "ausgesprochenes Schreibtischprodukt."³⁶ Für andere liegt die geschichtliche Bedeutung des "Sunyatsenismus" nicht nur darin, daß er "neben dem Maoismus die einzige politische wirkungsmächtige Ideologie Chinas im 20.Jahrhundert war und ist,... sondern daß er gleichzeitig auch das erste bedeutende Modell einer nationalrevolutionären und sozialreformerischen Entwicklungsländerideologie verkörpert, weil sich in seiner Problemschau und Zielsetzung typische Problemstrukturen der politischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Praxis der Politik zahlreicher Entwicklungsländer widerspiegeln".³⁷

Sun selbst hat seine Lehre durchaus nüchtern eingeschätzt und sie auch immer wieder überarbeitet. Bezeichnend eine seiner bekanntesten Formeln, daß nämlich "Kenntnis schwer, Handeln aber leicht ist" - vor dem Hintergrund des damaligen China ganz gewiß eine Kernaussage! Wenn Suns Lehren nach seinem Tode zu Dogmen erhoben und ganze Passagen seiner Schriften in den Schulen auswendig gelernt werden mußten, so hatte dies mit Legitimationsinteressen der späteren Guomindang zu tun, die ja wohl auf dem richtigen Wege war, wenn sie einem so erhabenen Führer und Weisen folgte! Da die Philosophie Suns für verschiedene Interpretationen offen war, konnte jedermann sich das herauspicken, was in sein Denkschema paßte. Der rechte Flügel der GMD befaßte sich unter diesen Umständen besonders liebevoll mit der Nationalen Grundlehre, während auf der anderen Seite die KPCh die Lehre von der Volkswohlfahrt scharf auszuleuchten pflegte.

Immerhin hat aber auch die Guomindang, nachdem sie lange Zeit nur der nationalen Komponente Aufmerksamkeit geschenkt hatte, schließlich auch die soziale Seite wieder entdeckt und auf Taiwan die einzige, auf Antrieb gelangene Bodenreform Asiens durchgeführt.

2.4.3.

Vorboten des Sino-Marxismus: Sozialismus und Anarchismus

Sozialismus und Anarchismus waren im Ideologie-Kaleidoskop Chinas zu Beginn des Jahrhunderts eher exotische Randerscheinungen, da sie auf kleinere Zirkel von Auslandschinesen in Paris und - wieder einmal! - Tokyo beschränkt blieben. Gleichwohl hatten sie Auswirkungen auf die weiteren Ereignisse. U.a. stand sogar Mao Zedong, wie er später Edgar Snow gegenüber erklärte, 1918 unter anarchistischem Einfluß. Auch zahlreiche Mitglieder des "Schwurbunds" und der frühen KPCh waren Anarchisten.

Anarchistische Bewegungen hatte es unter der Bezeichnung "Lehre von der Fürstenlosigkeit" (wujun lun) bereits im alten China gegeben, doch wurden diese Traditionen um die Jahrhundertwende durch westliche Einflüsse überlagert, die zumeist auf dem Umweg über Japan nach China gekommen und hier mit dem neuen Ausdruck "wuzhizhuyi" (wörtlich: "Nicht haben Regierung-ismus") besetzt worden wa-

ren. Hatten Sozialismus und Anarchismus anfangs noch gleiche Wertschätzung genossen, so vollzog sich hier spätestens i.J. 1906 ein Wandel, insofern nämlich der westliche Sozialismus, wie er in Form der SPD- und der Angelsächsischen Landreform-Interpretation nach China gelangt war, dem Anarchismus Platz machen mußte und in den einschlägigen Zeitschriften kaum noch thematisiert wurde - ein Anzeichen dafür, daß der vorleninistische Marxismus für die Probleme Chinas als unbrauchbar galt. Lediglich Sun Yixian übernahm aus der sozialistischen Lehre seine Bodenverteilungstheorie, die ja zu einer der drei Hauptsäulen seiner Sanmin zhuyi wurde.

Alle Augen richteten sich nun auf die russischen Anarchisten, für die das Zarentum ein ähnliches Ärgernis war, wie für die junge chinesische Intelligenz die Qing-Herrschaft. "Revolutionäre Literatur - Agitation - Attentat" - dies war der Dreiklang, auf den die Anarchisten auch in China am liebsten hörten. Die Vorstellung, daß ein Land erst auf den Ruinen der alten Gesellschaft mächtig werden könne, ging später in Mao Zedongs Postulat "Zuerst Zerstörung, dann Neuaufbau" ein.³⁸ Der Anarchismus wurde zu einem Auffangbecken der Wut und Aggressionen der Studentenschaft gegen die Dynastie; nicht zuletzt wurde er aber auch zu einem der vielen Wegbereiter des chinesischen Marxismus. Erst mit dem Erstarken der kommunistischen Bewegung wurde er, ähnlich wie der Anarchismus nach der sowjetischen Oktoberrevolution, von einer ihm überlegenen Bewegung aufgesogen.

Aus der Sicht späterer Jahre erscheint die Fülle der Ideologien, mit denen China noch zu Beginn des Jahrhunderts schwanger ging, fast unglaublich. Die spätere Rückkehr zu einer eindimensionalen Staatsphilosophie wurde freilich nirgends bedauert, sondern ganz im Gegenteil als "normal" empfunden!

3.

Chinas Oktoberrevolution:

Der Wuchang-Aufstand von 1911

Die Revolution von 1911 war ein Schauspiel mit vier Akten - dem Eisenbahnskandal, dem Aufstand von Wuchang (10.10.1911), der Unabhängigkeitserklärung fast sämtlicher Provinzen und dem Rücktritt der Qing-Dynastie. All diese Ereignisse schufen die Voraussetzungen für die Ausrufung einer Republik, die ihrerseits freilich von Anfang an unter einem ungünstigen Stern stand. Im einzelnen:

3.1.

Der Eisenbahnskandal als Vorspiel der Revolution von 1911

Eisenbahnbau war in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts nicht mehr nur eine Angelegenheit der Ingenieure und der Banken, sondern eine Frage der nationalen Selbstvergewisserung und Ehrenrettung. Am Vorabend der Oktoberrevolution waren die ausländischen Eisenbahninvestitionen auf 1,5 Mrd. US\$ aufgelaufen. Die neue politische Öffentlichkeit Chinas hatte das Gefühl, nicht nur der Willkür des Beijinger Hofes, sondern auch den Machenschaften einer Nebenregierung ausgesetzt zu sein, die sich aus dem Kondominium jener prachtvollen Banken ergab, die wie eine Perlenschnur am Shanghaier "Bund" aufgereiht waren. Gentry, Bürgertum, Intelligenz und "Neues" Militär wollten nicht länger passive Zuschauer sein, während Russen und Japaner in der Mandschurei, Deutsche in Shandong und Franzosen in Yunnan Eisenbahnen bauten und damit Schlagadern für die Beherrschung der neu entdeckten chinesischen Rohstoffgebiete schufen. Warum eigentlich sollten die Chinesen ihre Eisenbahnen nicht selber bauen, statt tatenlos zuzusehen!? 1898 hatte ein US-Konsortium die Rechte zum Bau einer Hankou-Guangzhou- und einer Hankou-Sichuanlinie erworben, deren Trassen durch die vier Provinzen Hubei, Hunan, Guangdong und Sichuan führen sollten. Das Ereignis wirkte wie der Stich in ein Wespennest: In allen vier Provinzen schossen über Nacht patriotische Bewegungen aus dem Boden, die den Selbstbau des jeweiligen provinziellen Streckenabschnitts zu einer Frage der nationalen Ehre erhoben. Um die Rechte zurückzukaufen, wurden Aktien ausgegeben und lokale Sondersteuern erhoben.

Mitten in diese patriotische Bewegung hinein platzte wie aus heiterem Himmel am 9.5.1911 ein kaiserliches Nationalisierungs-Edikt. Da jedermann wußte, daß die Zentralregierung nicht über die nötigen Finanzmittel verfügte, um den Eisenbahnbau in eigener Regie zu betreiben, kam die Nationalisierung dem Neuverkauf an die ausländischen Geldgeber gleich. Zu allem Überfluß sollten Kleinaktionäre ihr Aktienkapital auch noch entschädigungslos abgeben, Großaktionäre aber ratenweise über 20 Jahre abgefunden werden.³⁹

Geballte Fäuste und flammender Zorn waren die Folge. Es kam in allen vier Provinzen zur Gründung von "Clubs zum Schutz der Eisenbahn" sowie zu bewaffneten Auseinandersetzungen der kaiserlichen Truppen mit der Bevölkerung. Am heftigsten waren die Zusammenstöße in der Provinz Sichuan, wo es am 24.8.1911 zu einer in dieser Form bisher einzigartigen Demonstration von 10.000 Personen kam. Auf öffentlichen Kundgebungen wurde zum Sturz der Regierung aufgefordert; empörte Patrioten verkündeten öffentlich, mehrere Tage fasten zu wollen, andere schworen, nicht eher an ihren Wohnsitz zurückzukehren, ehe sie nicht diesen oder jenen Qing-Funktionär ermordet hätten, wieder andere beteiligten sich an Aufmärschen vor verschiedenen Amtsgebäuden, von denen aus die Regierungspolizei wahllos in die Menge schoß und dadurch zusätzliches Öl ins Feuer schüttete.⁴⁰

Die nervös gewordene Qing-Regierung ernannte Ende August den als "Schlächter" berüchtigten Zhao Erfeng zum Generalgouverneur von Sichuan und entsandte außerdem die in Wuchang stationierten Elitetruppen zu einer Strafexpedition nach Sichuan. Am 7.9. ließ Zhao die Führer mehrerer Vereinigungen zum Schutz der Eisenbahn verhaften. Als Zehntausende von Demonstranten die Freilassung der Festgenommenen forderten, ließ Zhao das Feuer auf sie eröffnen - ein Ereignis, das als "Massaker von Chengdu" in die Geschichte einging. Von diesem Augenblick an verwandelte sich die ganze Provinz in einen Hexenkessel. In den meisten Kreisen Sichuans wurden die Qing-Beamten aus ihren Ämtern verjagt und z.T. revolutionäre Gegenregierungen eingerichtet. Aus einer "Eisenbahnkontroverse" war m.a.W. eine anti-mandschurische Revolution geworden - Wasser auf die Mühlen der Revolutionäre um Sun Yixian! Einstweilen war zumindest Sichuan für die Qing-Regierung verloren!⁴¹

3.2.

Der Aufstand am "Doppelzehnten" in Wuchang

Obwohl die Guomindang auf Taiwan den 10. Oktober 1911 auch heute noch als Nationalfeiertag begeht, und obwohl die moderne Zeitrechnung der GMD mit dem Jahre 1911 beginnt (das Jahr 1988 wird auf Taiwan beispielsweise heute noch als das Jahr 77 geschrieben), war der Handstreich von

Wuchang, der das Ende der Dynastie einleitete, kaum jenes heroische Großereignis, als das es nachträglich glorifiziert wurde.

Die große Chance für einen Aufstand in der strategisch so wichtigen Yangzi-Stadt Wuchang bot sich den Verschwörern, als die Stadt wegen des Sichuan-Straffeldzuges militärisch weitgehend entblößt worden war. Unter diesen Umständen begruben die beiden wichtigsten lokalen Revolutionsgruppierungen, die unter den Tarnnamen "Literaturgesellschaft" und "Vereinigung für gemeinsamen Fortschritt" auftraten, in Wirklichkeit aber Militärorganisationen waren, ihre Differenzen und begannen die Vorbereitungen für eine bewaffnete Erhebung. Sie bildeten ein gemeinsames "Provisorisches Hauptquartier" und beschlossen, am 16. Oktober loszuschlagen. Da jedoch bereits am 9. Oktober eine selbstgebaute Bombe hochging, beschlossen die Verschwörer, die Flucht nach vorn anzutreten, den örtlichen Gouverneurspalast zu besetzen und die lokalen Waffenlager im Handstreich zu nehmen. Bereits am 11. Oktober war ganz Wuchang unter revolutionärer Kontrolle. Selbst die Aufständischen waren von diesem Erfolg der Xinhai-Revolution (so genannt nach dem damals gerade laufenden Jahr "Xinhai" der traditionellen chinesischen Zeitrechnung) so überrascht und verblüfft, daß sie in ihrer Verlegenheit nicht einmal eigenes Führungspersonal zur Verfügung hatten und deshalb den in Wuchang verbliebenen früheren Brigadekommandeur der Neuen Armee, Li Yuanhong, zum Militärgouverneur ernannten - und dies, obwohl Li mit der Revolution nie fraternisiert und kurz vorher sogar den Befehl zur Hinrichtung mehrerer Revolutionäre erteilt hatte. Die Ernennung Lis brachte zwar den Vorteil, daß Mitglieder der Oberschichten in anderen Provinzen schnelles Zutrauen zur Revolution faßten, sie bewirkte jedoch andererseits, daß die Revolution schon in ihren Anfängen vom Spaltpilz befallen wurde.

Noch am 27. April 1911 war ein ähnlicher Aufstand gegen die Qing-Regierung im südchinesischen Guangzhou gescheitert und hatte 72 Revolutionäre das Leben gekostet. In Wuchang dagegen lief alles wie am Schnürchen - zumindest schien es so!

3.3. Die Provinzen erklären sich für unabhängig

Der Aufstand von Wuchang wirkte wie ein Fanal. Noch im Oktober fiel die ganze Provinz Hubei in die Hände der Aufständischen. Auch Hunan, Shanxi und Jiangxi erhoben sich. Im Dezember 1911 hatten sich bereits 17 der 24 Provinzen und Gebiete für unabhängig erklärt. Nur die Provinzen Zhili (heute Hebei), Henan und Shandong sowie Teile der Mandschurei waren noch fest unter kaiserlicher Kontrolle.

In ihrer Not beschloß die Dynastie, den von ihr erst wenige Jahre vorher zwangspensionierten Yuan Shikai wieder als militärischen Oberkommandierenden zurückzuberufen und ihn mit der Niederschlagung der Revolution zu betrauen. Doch es war zu spät: Das Feuer der Revolution brannte lichterloh. Yuan erkannte, daß den Aufständischen höchstens noch mit Verhandlungen beizukommen war.

Anfang Dezember 1911 kam es auf britische Initiative zu einem Waffenstillstand zwischen den Kaiserlichen und den Aufständischen und damit zur Möglichkeit von Verhandlungen zwischen dem monarchischen Norden und dem revolutionären Süden.

3.4. Das Ende der Dynastie und die Ausrufung der Republik

Höchst überrascht von dem revolutionären Steppenbrand war auch Sun Yixian, der die Nachricht vom Wuchanger Aufstand zufällig aus einer Zeitung in Seattle erfuhr, wo er gerade auf Vortragsreise war, um weitere Gelder für die Revolution in China zu sammeln. Ohne Verzug brach er nach China auf, wo er am 25.12.1911 eintraf - spät zwar, doch rechtzeitig genug, um nach all den bisherigen Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Parteien sogleich als einzige "überparteiische" Persönlichkeit zur Wahl zu stehen. Schon vier Tage nach seiner Ankunft in Shanghai wurde er von den Vertretern der 18 Provinzen, die sich inzwischen von der Qing-Regierung für unabhängig erklärt hatten, mit 17:1 Stimmen zum Provisorischen Präsidenten der Republik China gewählt. Eine Woche später reiste er per Zug von Shanghai nach Nanjing, das inzwischen zur neuen Hauptstadt erklärt worden war, wo er von Zehntausenden von jubelnden Menschen empfangen wurde. Hier auch rief er am 1.1.1912 die Republik aus, leistete seinen Amtseid und

bildete eine provisorische Regierung. Offiziell galt die "Republik China" (Zhonhua minguo) als zentraler Einheitsstaat mit fünf gleichberechtigten Nationalitäten - ein Grundpostulat, das durch die neue Flagge mit ihren fünf gleichbreiten Streifen angedeutet wurde, die die Han, die Manzhou, die Mongolen, die Mohammedaner und die Tibeter symbolisierten.

Während das bürgerliche Lager jubelte, die große Masse des Volkes allerdings gleichgültig blieb, zeigte sich die von Yuan Shikai beherrschte Regierung in Beijing von diesen Ereignissen überrascht und drohte mit Wiederaufnahme der Kämpfe. Da Yuan nicht nur über die besseren Bataillone verfügte, sondern auch das Wohlwollen der ausländischen Großmächte besaß, beschloss die Revolutionäre, klein beizugeben. Sun bot seinem Gegner sogar die Präsidentschaft an, falls dieser zwei Bedingungen erfüllte, nämlich die Monarchie zur Abdankung zwänge und für die Republik einträte.

Yuan ließ sich dieses Angebot nicht zweimal machen, sondern setzte die kaiserliche Familie unter Druck. Am 12. Februar 1912 dankte er in die Enge getriebene Pu Yi, seines Zeichens letzter Kaiser der Qing-Dynastie, ab, und am 15.2.1912 wurde Yuan Shikai mit 18 Stimmen anstelle Sun Yixians zum vorläufigen Präsidenten der Republik China gewählt - und die Hauptstadt, gegen den Willen Suns, von Nanjing nach Beijing zurückverlegt.

Damit war die 260 Jahre alte Dynastie abgeschafft; der Hof erhielt die Erlaubnis, im Beijinger Kaiserpalast zu bleiben.

Über den Rücktritt Suns haben sich chinesische Historiker jahrzehntelang die Köpfe heiß geredet. Die Geschichtswissenschaft der Volksrepublik ist sich inzwischen darüber einig, daß dieser verhängnisvolle Schritt unter den damaligen Bedingungen, vor allem angesichts des Kräfteverhältnisses zwischen dem noch schwach entwickelten Bürgertum und dem nach wie vor übermächtigen "Feudalismus" unvermeidbar war, zumal Yuan Shikai noch zwei zusätzliche Argumente für sich ins Feld führen konnte, nämlich daß ohne starke Hausmacht China vom Ausland unterjocht, und daß ohne seine Ernennung zum Präsidenten die neue Republik diplomatisch nicht anerkannt würde.⁴²

In den eineinhalb Monaten der Präsidentschaft Suns hatte die Regierung zahlreiche Bestimmungen gegen den Kulihandel, gegen das Opiumrauchen, das Einbinden der Füße und gegen grausame Strafen der traditionellen Rechtsordnung erlassen. Auch eine provisorische Verfassung war ausgearbeitet worden, die eine Reihe von Grundrechten enthielt, und die im März 1912 erging.

Sun blieb nach seinem Rücktritt vom Präsidentenamt keineswegs müßig, sondern stürzte sich mit Feuereifer auf die Planung des Eisenbahnbaus, der nach wie vor als Politikum ersten Ranges galt, und den er, Sun, als einen der wichtigsten Bausteine für ein neues China ansah. In seiner Eigenschaft als Direktor des neugeschaffenen Amtes für die Entwicklung des Eisenbahnwesens entwickelte Sun 1912/13 zahlreiche hochfliegende Pläne, die in seinem 1922 veröffentlichten Buch mit dem Titel *"Die internationale Entwicklung Chinas"* auch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Sun hatte die Vision von vier gigantischen, weltumspannenden Eisenbahnlinien, die von Guangzhou nach London, von Hangzhou über Zentralasien nach Kairo und Kapstadt, vom neu zu schaffenden chinesischen "Nordhafen" (am Bo-Meer) über Zentralasien und Moskau nach London, und, ebenfalls vom Nordhafen aus, über die Beringstraße, San Francisco und Lima bis nach Feuerland führen sollten. In China selbst seien sechs Eisenbahnnetze zu bauen, darunter ein Nordwest-, ein Nordost-, ein Zentral-, ein Südost- und ein Hochlandnetz. Sie sollten jene 31 Häfen miteinander verbinden, die ebenfalls auf der Entwurfsliste Suns standen - darunter drei Welthäfen erster Klasse. Darüber hinaus befürwortete Sun eine großräumige Erschließung der Bodenschätze und eine weitere Industrialisierung Chinas.

Ein Teil der Eisenbahnpläne Suns wurde bereits während der Republik, ein anderer während der Volksrepublik verwirklicht. Die Entwürfe für die internationalen Eisenbahnverbindungen freilich blieben, angesichts der späteren Entwicklung des modernen Flugverkehrs, Makulatur.

4. Die zerbrechliche Republik und ihre ersten Gehversuche

4.1. Das parlamentarische Experiment

4.1.1. Das Fehlen parlamentarischer Traditionen und die Entstehung eines parlamentarischen Honoratiorentums

Schon in den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts hatte das Abenteuer des Parlamentarismus in China begonnen - Abenteuer, weil es hierfür in den vorangegangenen 2000 Jahren des Kaiserreichs keinerlei Präzedenzfall gegeben hatte. Nicht nur den meisten Chinesen, sondern auch dem außenstehenden Beobachter erscheint diese "parlamentarische" Periode denn auch als einer der "exotischsten" bisherigen Zeitabschnitte.

Im traditionellen China war die Vorstellung von einer formellen Mitbestimmung des Volkes am Regierungsgeschehen unbekannt geblieben. Nicht durch das Volk, sondern für das Volk - dies war eine konfuzianische Maxime, die von der Vorstellung ausging, daß bei Einhaltung aller überkommenen Rituale durch Kaiser und Beamten-schaft das Gesetz des Himmels gleichsam automatisch erfüllt und damit dem Volk in richtiger Weise gedient werde. In diesem Sinne auch war das Postulat zu verstehen, daß Herrscher und Volk eines Sinnes seien. Für "Vertretung" gab es nicht einmal einen offiziellen Begriff! Der Parlamentarismus stand m.a.W. von vornherein unter einem ungünstigen Stern und hätte überhaupt nur dann gedeihen können, wenn ihm eine ruhige Reifezeit vergönnt gewesen wäre.

1906 war der erste Kreistag (in Tianjin) und 1909 die erste Provinzversammlung (in der Provinz Jiangsu) gewählt worden. 1912/13 folgte nun der erste Reichstag mit Sitz in Beijing.

Der Kreis der Wähler und der Gewählten war allerdings handverlesen und durch strenge Kriterien eingeeengt: Neben dem Mindestalter (25 Jahre bei Wählern und 30 bei Wahlkandidaten) mußte ein höherer Bildungsstand (mindestens Mittelschulabschluß) oder aber ein Mindestvermögen (über 5000 Yuan) nachgewiesen werden. So kam es, daß in den 21 Provinzen durchschnittlich nur 4,2% der Bevölkerung als Wähler oder Kandidaten antreten konnten.⁴³

Mit zu den eifrigsten Befürwortern des Parlamentarismus gehörte die Gentry, die ihr gesellschaftliches Ansehen lange Zeit mit Staatsprüfungserfolgen hatte unterbauen können. Als das Prüfungswesen jedoch 1905 abgeschafft wurde, schienen ihr die Felle davonzuschwimmen, doch brachte das Jahr 1908 dann einen gewissen Ausgleich in Form des parlamentarischen Provinzhonoratiorentums. Die Zugehörigkeit zur "Volksvertretung" wurde so zu einer Art Ersatz für den schnell an Bedeutung verlierenden Examenstitel.⁴⁴ Die Kriterien für das aktive und passive Wahlrecht waren denn auch ganz auf die Gentry zugeschnitten, insofern Bildungs- und Wohlhabenskriterien an oberster Stelle standen. Unter den 100 Mitgliedern des Reichstags von 1912/13 waren die meisten Abgeordneten Vertreter der Gentry-Klasse sowie Personen mit hohen Prüfungsqualifikationen. 20 der Parlamentarier waren beispielsweise Inhaber des höchsten Prüfungsgrads, nämlich der Jinshi, 37 waren Juren, 18 Gongsheng und 11 Shengyuan.⁴⁵ Daneben waren 89% der Vertreter in den Provinzversammlungen ebenfalls Gentry-Angehörige.⁴⁶ Von einer breit angelegten parlamentarischen Demokratie konnte also ganz gewiß nicht die Rede sein!

Auch beim Wahlkampf zum Reichstag (Dezember 1912/Januar 1913) standen typische Gentry-Themen im Vordergrund: Provinzautonomie mit gewählten Gouverneuren, lokale Selbstverwaltung und Wahl des Ministerpräsidenten durch die Parlamentsmehrheit.

Zu den Parlamentariern mit höheren Prüfungsweihen zählten auch die Konstitutionalisten, die sich nun, da die Republik einmal ausgerufen war, entschieden für die Beibehaltung der Republik einsetzten - allen voran wieder einmal Liang Qichao. Sie gingen dabei von der Erfahrung aus, daß gewaltsame Umsturzlösungen, wie sie im 19. Jahrhundert dreimal versucht - und gescheitert - waren, sich unter keinen Umständen wiederholen sollten; denn der Blutzoll, der beispielsweise bei der Niederschlagung des Taiping-Aufstands hatte entrichtet werden müssen, war so hoch, daß einige südchinesische Provinzen sich von den damaligen Verlusten überhaupt erst in den fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts wieder hatten erholen können! Die Konstitutionalisten wünschten m.a.W. zwar Änderungen, da sie sich nicht länger damit abfinden wollten,

von der Regierungsmitbestimmung ausgeschlossen zu sein, sie wollten aber gleichzeitig jede Form von Gewaltsamkeit vermeiden. U.a. war es ihrem mäßigenden Einfluß zuzuschreiben, daß der Übergang zur Republik wesentlich unblutiger verlief, als es nach den Erfahrungen mit den Taiping- oder den Nian-Revolutionären eigentlich hätte befürchtet werden müssen.

4.1.2. Das Scheitern des demokratischen Experiments und der "Zweiten Revolution"

Aus vier Gründen wurde der Parlamentarismus zu einem Lotteriespiel:

Zu nennen ist hier erstens der schwache Rückhalt dieser aus dem Westen übernommenen Regierungsform in der Bevölkerung. Die Vorstellung von einer parlamentarischen Demokratie war Angelegenheit einer hauchdünnen Schicht von Gentry-Angehörigen, zurückgekehrten Studenten, Kaufleuten und Militärs, also von Mitgliedern einer Neuen Öffentlichkeit, die unter den Qing zu kurz gekommen waren, und die deshalb auf dem Umweg über eine Volksvertretung doch noch an der Macht partizipieren wollten. Genaugenommen ging es den wenigsten Anhängern des Parlamentarismus um Vertretung des Volkes als vielmehr um Wahrnehmung ihrer eigenen partikularistischen Interessen. Unter diesen Umständen war auch das auf privilegierte Schichten beschränkte Wahlrecht für die zwei Häuser der neuen Nationalversammlung (guohui) sowie der Provinzversammlungen durchaus sachlogisch und entsprach den Vorstellungen einer "Gentry-Demokratie".⁴⁷ Die Parlamentarier hatten kaum eine Öffentlichkeit, die ihnen im Notfall als Rückendeckung dienen konnte - und dies ausgerechnet zu einer Zeit, da eine solche Stütze besonders unentbehrlich war! Die breite Bevölkerung hielt wenig von den neuen Parteien und beklatschte statt dessen ihren Helden, den "starken" Yuan Shikai.

Zweitens bot auch die Parteienlandschaft ein höchst zerklüftetes Bild. In den Jahren nach 1905 waren rund 300 "Parteien" gegründet worden, die daran litten, daß sie entweder die Eierschalen der alten Geheimbundtradition noch nicht abgestreift hatten, daß sie ferner zumeist rein landsmannschaftlich (d.h. nach Provinzen) orientiert waren, daß sie sich darüber hinaus als höchst personalistische Fördererver-

bände für das Vorwärtskommen eines bestimmten Politikers verstanden (wobei die Person, nicht ein bestimmtes Sachprogramm im Vordergrund stand), und daß der einzelne oft Mitglied gleich mehrerer Parteien war.⁴⁸ So kam es, daß bei den ersten Wahlen von 1913 nicht weniger als 700 Abgeordnete gewählt wurden, obwohl nur 500 Sitze zu vergeben waren⁴⁹ - eine Folge von Überlappungen, wie sie sich aus dieser Mehrfachmitgliedschaft ergaben.

Erst nach und nach bildeten sich mittels Zusammenschluß vieler seit 1911 aus dem Untergrund hervorkommender Minigruppen größere Parteien heraus. 1912 entstand z.B. die "Republikanische Partei" (gonghe dang), die sich im wesentlichen aus früheren Konstitutionalisten rekrutierte, ferner die "Vereinte Republikanische Partei" (lian gonghe dang), die sich um den charismatischen General Cai E gruppierte, der später (1915) maßgebend am Sturz Yuan Shikais mitwirkte und, drittens, die Demokratische Partei (minju dang) unter Führung Liang Qizhaos. Überragt wurden all diese Gruppierungen durch den 1905 von Sun Yixian gegründeten "Schwurbund", der sich im August 1912, also am Vorabend der Reichstagswahlen, mit vier anderen Gruppierungen zur Guomindang ("Staatsvolkspartei") zusammenschloß, wodurch das Programm verwässert und dem Opportunismus Tür und Tor geöffnet wurde. Außerdem standen die drei Spitzenpolitiker der GMD zueinander in heftiger Konkurrenz, nämlich Sun Yixian, Huang Xing (1874-1916) und Song Jiaoren (1882-1913). Huang war Mitbegründer des Schwurbunds und hatte außerdem den berühmten "Guangzhou-Aufstand" vom 27.4.1911 angeführt. Lange Zeit die Nummer Zwei im Schwurbund und in der GMD, stand er zu Sun zuerst in einem freundschaftlichen, später aber in einem hochgespannten Rivalitätsverhältnis, als er nämlich versuchte, die Zusammenarbeit der GMD mit Yuan Shikai auch dann noch weiterzuführen, als sie nach Suns Meinung längst unhaltbar geworden war.⁵⁰

Song Jiaoren war der politische Schatten Huang Xings. Wie dieser aus der Provinz Hunan stammend, hatte er gemeinsam mit Huang in Japan studiert, den Aufstand von Guangzhou mitorganisiert und bereits 1908 versucht, Sun zugunsten Huangs vom Vorsitz des Schwurbunds abzudrängen.

Als Song während des Wahlkampfes von 1912 den "starken Mann" Yuan Shikai heftig attackierte, schlug dieser zurück und ließ seinen Widersacher am 20.3.1913 auf dem Hauptbahnhof von Shanghai ermorden - eine Cause célèbre der frühen Republik, die den Konflikt zwischen GMD und Yuan Shikai an die Öffentlichkeit brachte, und die die junge GMD eines ihrer fähigsten Organisatoren beraubte. Mit dem Ausscheiden Songs erhielt Sun Yixian wieder Auftrieb, der eine Zeitlang ins politische Abseits geraten war und wegen seiner utopischen Eisenbahnpläne sowie seiner offensichtlich realitätsfremden politischen Aussagen bereits abschätzig als "Kanonen-Sun" (Sun dapao) verspottet wurde.⁵¹

Die Ermordung Song Jiaorens stellte die GMD vor eine Zerreißprobe, insofern nämlich die "Militärclique" innerhalb der Partei für militärische Maßnahmen gegen den Mörder Yuan Shikai optierte, während die "Parlamentarische Clique", zu der auch Huang Xing gehörte, dafür eintrat, Yuan lediglich mit verfassungsmäßigen Mitteln zur Rechenschaft zu ziehen. Am Ende verloren, wie unten auszuführen, beide Gruppierungen.

Dritter Schwachpunkt des jungen Parlamentarismus war die Naivität, mit der seine Verfechter Vertretern des Ancien Régime sowie unsicheren Kantonisten von der Neuen Armee Spitzenpositionen überließen. In fünf Provinzen (Anhui, Sichuan, Jiangsu, Guangdong und Shandong) beispielsweise kamen ehemalige Generalgouverneure, Gouverneure oder Kommissäre des Qing-Regimes als Gouverneure oder Vorsitzende der neuen Provinzmilitärregierungen an die Macht. In Fujian, Hubei, Jiangxi, Guizhou, Shanxi, Shaanxi und Yunnan wurden die Gouverneursposten von Offizieren der Neuen Armee übernommen.⁵² Die meisten Provinzen pflanzten m.a.W. den Keim der Zerstörung von der ersten Stunde an in ihre Leitungsstrukturen ein.

Am verheerendsten aber wirkte sich, viertens, die Gegnerschaft des mächtigsten Politikers der damaligen Zeit, Yuan Shikais, aus, der für den unbedingten Primat der Exekutive eintrat. Yuan war der geborene Feind von Reformern und Revolutionären. Schon 1898 hatte er die Kaiserinwitwe bei der Niederwerfung der Reformbewegung unterstützt. Wenn er den Revolutionären von 1911 gleichwohl als akzeptabel

erschien, so deshalb, weil er gegen Ende der Monarchie zufällig einige Monate lang in kaiserliche Ungnade gefallen war. Wenn er sich der "Republik" anschloß, so von vornherein mit der Absicht, die Revolution wieder abzuwürgen, ihre Ergebnisse rückgängig zu machen und sich selbst zum Gründer einer neuen Dynastie aufzuwerfen.

Der Kampf Yuans gegen das Parlament war intensiv und dauerte von 1912 bis 1914. Kaum hatte ihn die neue Institution im Oktober 1913 zum Ständigen Präsidenten gewählt, holte er zu einem sechsfachen Schlag gegen seine Gegner aus: Am 4.11.1913 ließ er die GMD für illegal erklären und hob den Status ihrer 438 Parlamentarier auf.

Die der GMD treu gebliebenen Militärmachthaber (dudu) der Provinzen Hunan, Anhui, Jiangsu und Guangdong erhoben daraufhin gegen Yuan die Waffen, um, wie es später hieß, eine "Zweite Revolution" (nach der ersten von 1911) durchzuführen, wurden aber von Yuans Beiyang-Truppen zwischen dem 12.7. und dem 13.8.1913 niedergekämpft. Das gesamte, für die Wirtschaft Chinas so wichtige Yangzital geriet damit unter die Kontrolle der Beiyang-Clique - und blieb es bis zum Nordfeldzug von 1926.

In einem dritten Akt wurden die Volksversammlungen in den Provinzen verboten, als viertes folgte der Erlass einer neuen, 1914er Verfassung, die die 1912er Verfassung ablöste; am 10. Januar 1914 schickte Yuan auch noch das Rumpfparlament nach Hause, und schließlich wurden, sechstens, die Bauernbewegungen in den Provinzen Hunan und Hubei blutig unterdrückt.

Damit waren die wichtigsten Gegner beseitigt und die Voraussetzungen für eine Militärdiktatur Yuans geschaffen. Der Reichstag war ohnehin längst zu einem Spielball der Machthaber geworden: 1912/13 gewählt, wurde er, wie erwähnt, bereits 1914 von Yuan wieder nach Hause geschickt, am 1. August 1916, also kurz nach dem Tode Yuans, wieder einberufen, und dann im Juni abermals aus Beijing verjagt, woraufhin sich das Rumpfparlament ins südchinesische Guangzhou zurückzog, wo mit seiner Billigung Sun Yixian am 25.8.1917 eine "Militärregierung zum Schutz der Verfassung" gründete und zugleich eine "Bewegung zum Schutz der Verfassung" (hu fa yundong) ausrief. Wegen des militärischen

Charakters dieser Gegenregierung nahm Sun den Titel "Generalissimus" (Zong siling) an, der später auch auf Jiang Jieshi überging. Die "südliche Regierung" stand freilich auf schwachen Beinen. Sun mußte zweimal aus Guangzhou fliehen und die bittere Erkenntnis schlucken, daß die wahre Macht in der Provinz Guangdong beim örtlichen Warlord lag.

Anfang 1925 wurde er von den Repräsentanten der nördlichen Regierung zu Wiedervereinigungsdiskussionen nach Beijing gebeten. Sun folgte, trotz angegriffener Gesundheit, der Einladung, erlag dort aber am 12. März 1925 einem Leberkrebsleiden. 40 Jahre lang hatte er für die chinesische Revolution gekämpft, doch nun hinterließ er ein zersplittertes Land. Sechs einander abwechselnde Zentralregierungen, zwei Verfassungen (von 1912 und 1914) und ein nicht mehr arbeitsfähiges Parlament war alles, was von seinen Träumen verwirklicht - oder genauer: nicht verwirklicht worden war. Er konnte am Ende seines Lebens nicht ahnen, daß unter Leitung seiner Nachfolger schon ein Jahr später der von ihm seit langem geplante "Nordfeldzug" beginnen würde, der zu einer weitgehenden Wiedervereinigung des Landes führte.

Auch Suns Idee eines Nationalkonvents blieb lebendig und feierte 1931 (unter Führung der GMD) und 1954 (unter KPCh-Führung) Auferstehung - allerdings in Fesseln! Am Ende blieben die Parlamente von 1909 und 1912/13 die einzigen in der bisherigen chinesischen Geschichte, die, bei aller Einschränkung der Wählerschaft, ihren Namen wirklich verdienten!

4.2.

Die beiden Restaurationsexperimente und die "Dritte Revolution"

Nach dem Staatsstreich Yuan Shikais von 1914 kam es noch zu zwei Restaurationsversuchen, als nämlich Yuan selbst i.J. 1915 versuchte, eine neue Dynastie zu gründen, und als der letzte Manzhou-Kaiser, Pu Yi, i.J. 1917 erneut auf den Thron zurückversetzt werden sollte. Beide Versuche scheiterten jedoch auf so erbärmliche Weise, daß weitere Versuche unterblieben.

Interessanterweise kamen englische und amerikanische Verfassungstheoretiker, die um ihren Rat gebeten worden waren, zu ähnlichen Schlußfolgerungen wie Yuan: China brauche wieder eine Regierung alten (kaiserlichen)

Stils, da die Vorstellung von einer Herrschaft der Gesetze oder von individuellen Rechten unbekannt sei, und da es im überdörflichen und übernachbarlichen Bereich auch an Bürgersinn fehle. Darüber hinaus beschwöre der Parlamentarismus die Gefahr des Regionalismus herauf. Als Heilmittel für die Wiedergesundung und Wiedererstarkung Chinas schien sich also die Doppelmedizin der Rückkehr zum Kaisertum und zum Zentralismus zu empfehlen. Yuan, der ebenso wie Sun der Meinung war, daß das chinesische Volk ein "Haufen losen Sandes" sei, der des Zements einer straffen Institutionalisierung, vor allem aber der Zentralisierung bedürfe, handelte wie alle Kaiser vor ihm, vor allem die Gründungskaiser der Han- und der Ming-Dynastien: Er beseitigte seine Mitkämpfer, die ihm zur Macht verholfen hatten und ging anschließend daran, die Staatsmacht wieder zu zentralisieren - stets mit dem altehrwürdigen Ziel des Fubo (= eines wohlhabenden und mächtigen Staatswesens) vor Augen. Als Politiker mit ausgeprägtem Machtinstinkt wußte Yuan allerdings seine Absichten längere Zeit hindurch geheimzuhalten. Unter diesen Umständen war es schwierig, die Anfänge der Re-Monarchisierungspolitik genau zu datieren, zumal Yuan ja gegenüber den Revolutionären das feierliche Versprechen abgegeben hatte, für die Republik einzutreten. Ganz offen setzten solche Versuche aber seit August 1915 ein. Damals begann ein insgeheim von Yuan mitbegründetes "Komitee zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung" mit systematischer pro-monarchistischer Propaganda und mit scharfen Angriffen gegen die Republik sowie gegen Sun Yixian und seine Anhänger. Die neue Gesellschaft sorgte dafür, daß aus allen Provinzen "Petitionen" in Beijing eingingen, die Yuan baten, er möge die Kaiserwürde annehmen. Am 11. Dezember 1915 verkündete die Regierung in Beijing einen Erlaß, in dem Yuan gebeten wurde, vom Posten des Präsidenten zurückzutreten und am 1. Januar 1916 den Thron zu besteigen. Der so Geehrte lehnte zwar am 11. Dezember bescheiden ab, nahm jedoch ein entsprechendes zweites Ersuchen bereits am nächsten Tag an.

Da auch die ausländischen Mächte Wohlwollen zeigten, schien die Neubegegründung der Monarchie nur noch eine Frage der Zeit. Yuan hatte jedoch die Zähigkeit der anti-monarchisti-

schen Bewegung unterschätzt. Vor allem jene Kräfte, die bereits die Revolution von 1911 getragen hatten, wollten sich keinesfalls mit der Rückkehr einer Regierungsform abfinden, die sie vorher jahrelange mit Erfolg bekämpft hatten. Zum Wortführer der Anti-Yuan-Kräfte erhob sich General Cai E, der, in enger Fühlungnahme mit geflohenen Anhängern Sun Yixians, seit 1914 in der fernen südlichen Provinz Yunnan eine "Armee zum Schutz der Nation" (huguo jun) aufgebaut hatte, die noch einen geheimen - und trefenderen - Zusatznamen hatte, nämlich "Republikanische Armee" (gonghe jun).

Nachdem Yuan seine Thronbestigungsabsicht bekanntgegeben hatte, erreichte ihn am 23.12.1915 eine Aufforderung Cai Es, seine monarchistischen Pläne ad acta zu legen und die Initiatoren zu bestrafen, widrigenfalls die Provinz Yunnan sich am 25.12. um 10.00 Uhr vormittags für unabhängig erkläre. Da Beijing keine Antwort gab, erfolgte diese Proklamation prompt zum angekündigten Zeitpunkt. Yuan Shikai reagierte mit der Entsendung nationaler Streitkräfte gegen Cai Es Armee. Kaum waren die Kämpfe jedoch in Gang gekommen, waren sie auch schon wieder zu Ende, da nunmehr Guangxi und kurze Zeit später weitere südliche und südwestliche Provinzen, nämlich Guangdong, Guizhou, Sichuan, Hunan und Fujian, dem Beispiel Yunnans folgten und sich ebenfalls für unabhängig erklärten.⁵⁴

Dies war - nach 1911 und 1913 - die "Dritte Revolution" gegen Beijing.

Der von diesen Schlägen offensichtlich völlig überraschte Yuan mußte erkennen, daß er seine Gegner unterschätzt hatte, und daß jetzt nur noch ein Verzicht auf die Kaiserwürde das Schlimmste verhindern konnte, zumal sogar einige seiner Anhänger aus der Beiyang-Clique auf Distanz gingen. Ein gebrochener Yuan erklärte am 22.3.1916 seine Umkehr und starb, wenige Wochen später, am 6. Juni 1916.

Die Regierung in Beijing stellte nun den Verfassungszustand von 1912 wieder her, berief das von Yuan aufgelöste Parlament erneut ein und gestattete sogar den Revolutionären, u.a. Sun Yixian, die Rückkehr. Diese demokratische Rückbesinnung hielt jedoch, wie oben erwähnt, nur kurze Zeit vor.

Noch ein zweiter restaurativer Putsch fand statt, als nämlich der monarchistische General Zhang Xun am 1. Juli

1917 in Beijing einen Aufstand anzettelte, um den Qing-Infanten Pu Yi erneut zu inthronisieren. Zhangs Loyalität zum abgesetzten Kaiserhaus war so weit gegangen, daß er seinen Soldaten verboten hatte, dem damals allgemein üblichen Brauch zu folgen und die Manzhou-Zöpfe abzuschneiden - für die meisten Chinesen das verhaßte Symbol einer dreihundertjährigen Fremdherrschaft.

Schon nach wenigen Tagen freilich war auch dieser Spuk verfliegen und damit der letzte Versuch einer dynastischen Lösung gescheitert. Gleichwohl waren die Gegner der Monarchie aufs höchste beunruhigt. Einer der Kriegsherren, der "christliche General" Feng Yuxiang, wies schon damals in einem Rundschreiben warnend darauf hin, daß die Gefahr einer Restauration so lange fortbestehe, wie die kaiserliche Familie das Recht habe, im Beijinger Palast zu residieren. Als Fengs Truppen sieben Jahre später, im November 1924, die Hauptstadt besetzten, vertrieben sie denn auch die kaiserliche Familie samt ihrem 1200köpfigen Personal aus Beijing. Kurze Zeit später siedelte der Exkaiser in die japanische Gesandtschaft über - ein folgenreicher Schritt; denn Japan begann Pu Yi sofort "neu aufzubauen" und belehnte ihn später mit der "Kaiser"-Würde über den japanischen Marionettenstaat Manzhouguo (1932).

Feng Yuxiangs Erbe hat in Beijing bis heute Spuren hinterlassen: Auf ihn ging die Einsetzung eines Komitees zurück, das sich seit 1924 um den kaiserlichen Besitz kümmerte und den Kaiserpalast in ein Museum umgestaltete. Seit Oktober 1925 wurde die einstige "Verbotene Stadt" für jedermann zugänglich und ist heute eines der wichtigsten touristischen Ziele Chinas.

4.3.

Das Warlord-Experiment

Nach dem Tode Yuans setzte sich die Aufsplitterung Chinas, die sich schon vorher überall angebahnt hatte, in erhöhtem Tempo fort. Militärische Macht wurde zum politischen Hauptinstrument - mit der Folge, daß die lokalen Kriegsherren (dujun) jetzt endgültig die Macht ergreifen und für einen kaleidoskopartigen Polyzentrismus sorgen konnten.

5. Die Bedeutung der Revolution von 1911

Die Xinhai-Ereignisse von 1911 wiesen alle Merkmale einer echten Revolution auf: Sie führten zum Wechsel im Herrschaftssystem, und nicht etwa nur zur Auswechslung einiger Führungspersönlichkeiten, sie waren Folge einer jahrzehntelangen Entwicklungskrise, sie überholten schüchterne Reformversuche des alten Regimes, sie erfolgten auf gewaltsame Weise, und sie lösten sogar eine Reihe von Gegenrevolutionen aus.

Der Erfolg blieb gleichwohl bescheiden: Vier Ziele hatten sich die Anhänger Sun Yixians gesetzt, nämlich die Vertreibung der Manzhou, die Gründung einer Republik, die Wiederherstellung der chinesischen Herrschaft und die Verwirklichung einer Bodenreform. Die erste dieser Aufgaben wurde bereits 1912 gelöst; was die Republik anbelangt, so wurde sie zwar im gleichen Jahr ausgerufen, stand jedoch auf so wackligem Fundament, daß sie sich erst Ende der zwanziger Jahre recht und schlecht konsolidieren konnte. Die dritte Aufgabe, nämlich die Wiederherstellung der chinesischen Herrschaft, ließ sich erst 1943 erreichen, als die letzten Großmächte auf ihre Konzessionen und Vorrechte in China verzichteten. Was schließlich den sozialen Auftrag anbelangte, so konnte ihm die Republik nicht gerecht werden - Folge von Berührungängsten und mangelnder Sensibilität der neuen Eliten gegenüber dem "Volk".

Angesichts der Schwäche der vier revolutionstragenden Schichten, die von den Kommunisten später zur "bürgerlichen Klasse" zusammengefaßt wurden, nicht zuletzt aber auch wegen des nach wie vor beträchtlichen Machtpotentials der traditionellen Kräfte, die obendrein von den ausländischen Mächten unterstützt wurden, hat die Xinhai-Revolution wohl alle ihre Möglichkeiten ausgeschöpft, zumal sie, wie ihr später anerkennend zugestanden wurde, Appetit auf weitere revolutionäre Prozesse wecken konnte.⁵⁵ Mehr jedoch war damals kaum herauszuholen. Insofern gehört das Jahr 1911 nicht unbedingt zu den Schlüssel- und Ruhmesjahren der modernen chinesischen Geschichte!

Aus späterer Sicht muß man sich fragen, ob eine Beibehaltung der Monarchie, wie sie beispielsweise in Japan oder Thailand gelungen ist, der weite-

ren Entwicklung Chinas am Ende nicht besser bekommen wäre als der ganz und gar unvorbereitete Sprung ins "demokratisch-republikanische Abenteuer". Auch hier sollte man den chinesischen Revolutionären zugute halten, daß eine "konstitutionelle" Lösung wohl nur unter Han-chinesischem Vorzeichen diskutabel gewesen wäre, nicht jedoch im Zeichen einer Fremddynastie! Insofern paßte hier weder das japanische noch das thailändische Modell.

Zwar hat die Revolution von 1911 das ihr Mögliche erreicht, doch manchmal genügt selbst das Optimum nicht, um Zufriedenheit aufkommen zu lassen.

Anmerkungen:

- 1) Ausführlich dazu Oskar Weggel, "Chinesische Rechtsgeschichte", Leiden, Köln 1980, S.194 f. mit Nachweisen.
- 2) Ausführlich dazu Johann Adolf Graf Kielmansegg und Oskar Weggel, "Unbesiegt? China als Militärmacht" Stuttgart, Herford 1985, S.65 ff.
- 3) Dazu im einzelnen Mary C.Wright, "The last Stand of Chinese Conservatism. The Tung-chih Restauration 1862-1874", Stanford/Cal. 1957.
- 4) Näheres dazu Yoshihiro Hatano, "The New Armies" in Mary C.Wright, "China in Revolution: The First Phase 1900-1913", New Haven 1968, S.365-382.
- 5) Im einzelnen dazu Leonhard S.Hsü, "Sun Yat-sen: His Political and Social Ideas", Los Angeles 1933.
- 6) G.William Skinner, "Marketing and Social Structure in Rural China", Journal of Asian Studies, 24:1 (1964), S.3-43 und 24:2 (1965), S.195-228.
- 7) Marie-Claire Bergère, "The Role of the Bourgeoisie" in M.Wright (1968), a.a.O., S.236.
- 8) Ebenda, S.265.
- 9) Ebenda, S.264 f.
- 10) Beal, Edwin G., "The Origin of Likin", Cambridge/Mass. 1958, und Zhen Shaokwa, "The System of Taxation in China, 1644-1911", New York, Columbia University Press 1914.
- 11) Jean Chesneaux, "Geschichte Ost- und Südasiens im 19. und 20.Jahrhundert", Köln 1969, S.155.
- 12) Ebenda, S.156.
- 13) Marie Claire Bergère in Wright, a.a.O., S.229-296, und "La Bourgeoisie Chinoise et la Revolution de 1911", La Haye et Paris 1968.
- 14) Jian Bozan u.a. in "Kurzer Abriss der chinesischen Geschichte", Beijing 1982, 2.Auflage, S.150 ff.
- 15) Mary Backus Rankin, "The Revolutionary Movement in Zhekiang: A Study of the Tenacity of Tradition" in Mary Wright, 1968, a.a.O., S.319-361, 325.
- 16) John Fincher, "Provincialism and National Revolution" in Mary Wright, a.a.O., S.185-228, 210.
- 17) Ernest P.Young, "The Presidency of Yuan Shih-k'ai. Liberalism and Dictatorship in Early Republican China", An Arbor, The University of Michigan 1977, S.79 f.

- 18) Roswell S. Britton, "The Chinese Periodical Press 1800-1912", Shanghai 1933, S.125.
- 19) Wu Yu-cheng, "The Revolution of 1911", Peking 1962, S.108.
- 20) Mary C. Wright, "Introduction", in M. Wright, 1968, a.a.O., S.17.
- 21) Ebenda, S.18.
- 22) Young (1977), a.a.O., S.19 ff.
- 23) Li Chien-nung, "The Political History of China, 1840-1928", Stanford/Cal. 1956, S.227 ff., 232.
- 24) Ebenda, S.234 f.
- 25) Hou Chi-ming, "Foreign Investment and Economic Development in China, 1840-1937", Cambridge/Mass. 1965, S.239 f.
- 26) Ebenda, S.231 f.
- 27) Ebenda, S.231 f.
- 28) Ebenda, S.57.
- 29) Ebenda, S.138.
- 30) Ebenda, S.65.
- 31) Ebenda, S.103.
- 32) Die Literatur zu Sun Yixian ist inzwischen fast unüberschaubar geworden. Als lesenswerte Beispiele seien hervorgehoben: Richard Linebarger, P.M.A., "The Political Doctrines of Sun Yat-sen", Taipei 1957, und Gottfried Karl Kindermann, "Pekings chinesische Gegenspieler. Theorie und Praxis nationalchinesischen Widerstands auf Taiwan", Düsseldorf 1977, sowie ders., "Konfuzianismus, Sunyatsenismus und Chinesischer Kommunismus - Dokumente zur Begründung und Selbstdarstellung des Chinesischen Nationalismus", Freiburg i.Br. 1963; Florent Peeters, "Die Lehren Sun Yat-sens", Hannover 1969; pädagogisch sehr gute Darstellung in "Guofu yijiao" ("Das Vermächtnis des Landesvaters"), Taipe 1967.
- 33) Dazu BRu 1983, Nr.15, S.28.
- 34) Gongren ribao, 8.10.1981.
- 35) Mao, Texte V, S.394.
- 36) So Wolfgang Franke, "Das Jahrhundert der chinesischen Revolution", München 1958, S.185.
- 37) Kindermann (1977), a.a.O., S.27.
- 38) Im einzelnen dazu Martin Bernal, "The Triumph of Anarchism over Marxism, 1906-1907", in Mary C. Wright, a.a.O., S.97-142.
- 39) Chuzo Ichiko, "The Railway Protection Movement in Szechuan in 1911", Tokyo 1955.
- 40) Wu Yu-chang, a.a.O. S.108 ff.
- 41) Ebenda, S.106 ff.
- 42) BRu 1981, Nr.37, S.26 f.
- 43) Vgl. die einschlägige Tabelle bei P'eng-yüan Chang, "The Constitutionalists" in Mary C. Wright, 1968, a.a.O. S.143-183, 150.
- 44) Chuzo Ichiko, "The Role of the Gentry: An Hypothesis" in Mary Wright, a.a.O., S.297-317, 300 f.
- 45) Tab. bei P'eng-yüan Chang, a.a.O., S.152.
- 46) Ebenda, S.151.
- 47) Dazu Mark Elvin, "The Gentry Democracy in Chinese Shanghai 1905-1914" in Jack Gray (ed.), "Modern China's Search for a Political Form", London 1969.
- 48) Dazu Li Chien-nung, a.a.O., S.277, 286.
- 49) Ebenda, S.286.
- 50) Huang Te-ua, "Huang Hsing and the Chinese Revolution", Stanford University, Priscall 1961.
- 51) Dazu Li Chien-nung, a.a.O., S.284.
- 52) Chuzo Ichiko, "Gentry", a.a.O., S.305 f.
- 53) Li Chien-nung, a.a.O., S.304 ff.
- 54) Ebenda, S.325 ff.
- 55) So aus sino-kommunistischer Sicht Hu Sheng in "The 1911 Revolution. A Retrospective after 70 Years", Beijing 1983, S.20, 24.

Erhard Louven

Anmerkungen zur Arbeitslosigkeit und zum Arbeitsmarkt in der VR China

1. Einleitung

"Darf Arbeitslosigkeit in einem sozialistischen Land existieren?", so fragte die *Volkszeitung* Ende Juli 1988 und leistete dann einen Beitrag zur Versachlichung, indem sie zugab, daß das Problem der Arbeitslosigkeit in der Vergangenheit nicht anerkannt worden sei.¹ Man habe die Arbeitslosen als solche bezeichnet, die "auf Arbeit warten" (daiye), während es doch tatsächlich keinen wesentlichen Unterschied zwischen Arbeitslosigkeit und "auf Arbeit warten" gebe. Noch im Herbst 1987 beispielsweise wurde auf einem von der Weltbank in Beijing veranstalteten Symposium die Frage der Arbeitslosigkeit von den chinesischen Teilnehmern, sämtlich höhere Regierungsfunktionäre, an die Handvoll "ausländischer Experten" weitergegeben, die ebenfalls an dem Symposium teilnahmen.²

Die Arbeitslosigkeit - bezeichnenderweise auch die versteckte - mußte notwendigerweise in das öffentliche Bewußtsein treten, als man daran ging, die Betriebe zu reformieren und Überlegungen über eine bessere Wirtschaftlichkeit anzustellen. Xue Muqiao hatte bereits in seinem Buch über die sozialistische Wirtschaft geschrieben, daß durch die Reform in der Landwirtschaft mehr als 200 Mio. Menschen freigesetzt würden, die in anderen Bereichen der Wirtschaft Beschäftigung finden müßten.³ Seine Aussagen über die Art und Weise des Übergangs und die Schaffung neuer Arbeitsplätze waren sehr vage geblieben. Chinas (komparativer) Vorteil seien die vielen kostengünstigen Arbeitskräfte, die für den Export arbeiten könnten. Wie aber eine derartige Exportstrategie durchzuführen sei, wurde nicht erläutert.

Im folgenden sollen einige wichtige Probleme im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit erörtert werden. Aber auch Probleme der Rekrutierung von Arbeitskräften, Beschäftigungs- und Entlohnungsverhältnisse sowie damit in Zusammenhang stehende soziale Sachverhalte sollen behandelt werden.

2. Zur Arbeitskräftestatistik

Der nationale Zensus, dessen Stichtag der 1.7.1982 war, wies eine Beschäftigtenzahl von 521,5 Mio. Menschen aus. 145,2 Mio. wurden als nicht-arbeitende Bevölkerung bezeichnet. 51,95% der Bevölkerung waren beschäftigt, 14,46% waren nicht beschäftigt. Der Anteil der Beschäftigten und nicht Beschäftigten zur über 15 Jahre alten Bevölkerung betrug 78,23% bzw. 21,77%.⁴ In der Bundesrepublik Deutschland betrug der Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) 1986 ca. 45,8%, die Zahl der Erwerbstätigen ca. 42,2%.⁵ Der Anteil der Beschäftigten in der VR war also höher als in dem Industrieland Bundesrepublik, was wohl auf den hohen Anteil der älteren Bevölkerung und die längeren Ausbildungszeiten der Jugendlichen in der Bundesrepublik zurückgeführt werden kann.

1986 gab es in der VR China nach der offiziellen Statistik 512,82 Mio. Arbeitskräfte.⁶ Davon waren 128,09 Mio. Arbeiter und Angestellte (93,33 Mio. in staatseigenen Unternehmen, 34,21 Mio. in städtischen Kollektiv-Unternehmen sowie 0,55 Mio. in Einheiten des gemeinschaftlichen Eigentums). 4,83 Mio. Menschen werden als individuelle (geti) Arbeiter in Städten und Gemeinden bezeichnet. 379,9 Mio. sind Arbeiter in kollektiven Einheiten sowie individuelle Arbeiter in den ländlichen Gebieten, darunter die meisten in der Landwirtschaft.